

## Aufstand im Saargebiet?

### Der Oberbürgermeister von Saarbrücken droht dem Völkerbund mit einer „Explosion“

Vor einigen Wochen hat eine Gruppe von Polizeibeamten an der Saar an die Regierungskommission die Forderung gerichtet, bestimmte nichtgleichgeschaltete Kollegen zu entlassen. Diese den Befehlen der Völkerbundsregierung unterstehende Polizeigruppe sieht sich so stark mit der Hitlerdiktatur des „Dritten Reiches“ verbunden, daß sie überzeugte Gegner dieses Regimes als störend empfindet. Der Vorfall beleuchtete grell die Zustände in der Exekutive des Saargebietes.

Am zweiten Pfingsttage, in lichter sonniger Abendstunde, konnten zahlreiche Altengländer der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken ausgedrängt und die Altengländer konnten ungehindert auf offener Straße verladen werden. Beamte der Direktion waren im Bunde. Polizei wurde nicht geschickt.

In Saarlouis konnte dieser Tage eine verheerende Menschenmenge friedliche französische Gäste, deren taftvolles Benehmen auch von der nationalistischen Presse des Saargebietes nicht bekräftigt wird, stundenlang belästigen und geradezu aus der Stadt hinausjagen, ohne daß polizeilicher Schutz sich rührte. Die ganze Umgegend konnte von den wilden Nationalsozialisten mobilisiert werden. Eine Russkafelle zog auf und Siegesfahnen flatterten. Die Polizei von Saarlouis aber sah nichts und merkte nichts.

Diese Atmosphäre ist es, die den Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Herrn Knog, nicht gerade ein sensationenliebender Mann, veranlaßt, in einem Brief an den Völkerbund von den Putschgerüchten im Saargebiet zu schreiben. Spott und Hohn der gleichgeschalteten Presse antworteten ihm. Nun aber hat der höchste nationalsozialistische Beamte des Saargebietes, Oberbürgermeister Dr. Reites, von Saarbrücken, offen zugegeben, daß die Gefahr eines Aufstandes unmittelbar vor und ist. Dann nämlich, wenn sich der Völkerbund den Diktaten der „Deutschen Front“ an der Saar nicht fügt.

Ein Zeitungsbericht der Völler „National-Zeitung“ Nr. 200 vom 24. Mai schildert den Besuch eines Vertreters dieses Blattes und ein hochpolitisches Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Saarbrücken so:

Ich fühle die unerträgliche Spannung dieses Landes draußen auf der bewegten Straße kaum härter als im Amtszimmer des Oberbürgermeisters von Saarbrücken und ich richtete die Frage an Herrn Dr. Reites, ob er nicht befürchte, daß diese bedrückende Spannung zu Zusammenstößen führen müsse.

Herr Dr. Reites antwortet mir: Eine Beruhigung wird sofort eintreten, wenn der Völkerbundsrat endlich den Abstimmungsstermin festsetzt. Betonen Sie das bitte in Ihren Berichten. Verschiede aber der Völker-

bund die Festlegung des Termins wieder bis zur Herbsttagung, so kann man nicht garantieren für das, was geschieht! Es ist wohl möglich, daß der unerträgliche Druck, unter dem die Saarbevölkerung seit fünfzehn Jahren steht, jetzt, wo die Erregung aufs höchste gestiegen ist, zu einer Explosion führt! Will der Völkerbund dafür die Verantwortung tragen, wenn mitten in Europa ein solcher Brandherd entzündet?

Ich erfülle die Bitte des Herrn Oberbürgermeisters und ich gebe die bedeutungsvollen Worte, die ich mir sogleich notierte, in Ihrem genauem Wortlaut wieder. Sie stehen in einem unlenkbaren Widerspruch zu anderen sogenannten autoritativen Erklärungen, nicht allein im Widerspruch zu den Erklärungen des Herrn von Papen, sondern auch zu den neuerdings in Genf abgegebenen Versicherungen der „deutschen Front“.

Soll man diese Worte hintergründig nennen? Ich glaube nicht, denn sie enthalten ein überraschend aufrichtiges Geständnis über die wahre Lage im Saargebiet und über die Möglichkeiten, die nach der Meinung eines so wohl informierten und unantastbar national gesinnten Mannes, wie er in der Person des Oberbürgermeisters der Stadt Saarbrücken verkörpert ist, gegeben sind in diesem Lande.

Das ist nun keine Emigrantendecke irgendeines marxistischen Blattes. Es sind wortwörtliche Erklärungen des Saarbrücker Stadtoberhauptes, bezeugt durch eines der ruhigsten und vorzüglichsten Blätter der Schweiz, eine Zeitung von unbefristetem europäischem Ansehen.

Die Worte des Oberbürgermeisters sind ganz und gar eindeutig; sie sind klar und richtig und entsprechen der Hochspannung an der Saar. Eine Entscheidung des Völkerbundes gegen die Forderungen der „deutschen Front“, die auf baldige Termine angewiesen ist, wenn sie nicht abdröckeln und zerfallen soll, rückt die Wahrscheinlichkeit von „Explosionen“ in die Nähe. Es sind unabweisliche Drohungen, die der Oberbürgermeister ausspricht. Ein Mann, dem die größte Verwaltung des Saargebietes untersteht, und der sich kaum noch die Mühe gibt, seine Drohungen als Warnungen zu tarnen.

Die neue Völkerbundsstimmung, die sich mit der Saarfrage beschäftigt, steht unmittelbar bevor. Die Vertreter der Nationen, die den Frieden Europas sichern wollen, haben nun endlich dafür zu sorgen, daß an der Saar eine Autorität ausgerichtete wird, die den Oberbürgermeister von Saarbrücken, die „deutsche Front“ und das gesamte Saarvolk von der Sorge um „Explosionen“ befreit.

### Gestern und heute

Seit dem Siege der „nationalen Revolution“ wird unsere armselige Vernunft arg strapaziert. Aber manchmal ist das Tempo der Ueberraschungen und Aufregungen nahezu atemberaubend.

Wir haben, zum Beispiel, früher schon das Wort „Kerl“ gekannt. Was verstanden wir darunter? Einen etwas rauhen Burschen mit steter Gebrauchsfertigkeit der Faust, wobei manchmal die derbe Schale ein goldiges Herz umhüllen konnte. Hören wir, was heute ein Kerl ist: „Er ist ein Priester seiner Weltanschauung. Er ist Persönlichkeit und nicht Individuum. Er ist Glied der Gemeinschaft, Rücksichtslosigkeit und sture Subjektivität in seiner Weltanschauung sind gepaart mit höchster Pfllichterfüllung, Manneszucht und Kameradschaft.“

Wir werden uns also daran gewöhnen müssen, in einem Kerl einen Priester der nationalsozialistischen Liturgie zu erblicken. Sein eiserner Bizeps legitimiert ihn als Glied der Gemeinschaft des „dritten Reiches“. „Donnerwetter, Donnerwetter, das sind Kerle“: das hat schon vor Jahrzehnten der Revuesänger Gampietro gesungen, während Potsdamer lange Kerls im Stechschritt über die Bühne marschierten. So etwas kommt eben wieder.

Eine zweite Neuprägung: der Landsknecht. Darunter verstanden wir während der erbärmlichen 14 Jahre und vorher einen übelbeleumundeten vagabundierenden Söldner, dessen grobe Soldatentugenden im Mittelalter Bauern und Städter in Angst und Schrecken versetzten; Mord, Brand und Plünderung zeigten ihre Wegspur. Aber auch in bezug auf den Landsknecht müssen wir umlernen: „Als Landsknecht ist das Außerliche für ihn sekundär; der Charakter dagegen das alles Ueberwiegende. Aus dieser Einstellung entstand der politische Soldat, der Nationalsozialist, der SA-Mann, der Hitlerjunge, der Deutschland für sich eroberte.“

Dieses und noch vieles andere erklärt uns Hugo Hagen in einem Aufsatz über den „Politischen Soldaten“, der durch einen großen Teil der nationalsozialistischen Presse geht.

Wir sind dem Leser eine Aufklärung schuldig, warum wir ihm diese Zitate vorsehen. Sie zeugen von der vollkommenen Umwertung aller Werte, die das Hitlerregime begleitet. Aus dem Gewöhnlichen ist auf einmal eine Weltanschauung, aus dem Gemeinen Heroismus, aus Pechblende Gold geworden, und Millionen deutscher Menschen verkehren mit ihren Führern den Sinn alten deutschen Sprachgutes in ihr krasses Gegenteil.

Die ersten Signale gab Hitler selber. In „Mein Kampf“ wird Fanatismus als oberste menschliche Qualität gerühmt. Stur: dieses Kennzeichen für undurchdringliche menschliche Scheuklappen beweist heute, daß einer „mit eiserner Konsequenz als Glaubensträger seinen Weg geht und da zuschlägt, wo zugeschlagen werden muß“. Also Hugo Hagen. Dieser Glaube; er muß natürlich „blind“ sein. Die Bezeichnung für ein menschliches Gebrauchen, Blindheit der Augen, Blindheit gegenüber allen Tatsachen und Wahrheiten, die außerhalb der Gedanken des Führers vorhanden sind — das ist heute die Parole für ein ganzes Volk.

Wenn eines Tages die Stunde kommt, wo der braune Alltag Objekt der psychologischen und pathologischen Forschung ist, ein hinter uns liegender Spuk der Besessenheit und des Massenirrwahns, dann wird man auch an diesen krausen und verbogenen Fassaden nicht vorübergehen können. Aber vielleicht machen wir hier den Fehler, die Argumente der Logik zu überschätzen.

In Gustav Le Bons klassischem Buche „Psychologie der Massen“ liest man diese Sätze: „Sie (diese Führer) rekrutieren sich namentlich aus jenen Nervösen, Reizbaren, Halbverrückten, die an der Grenze des Irrsinnigen sich befinden. So absurd auch die von ihnen verfolgten Ideen oder das von ihnen verfolgte Ziel sein mag, gegen ihre Ueberzeugung wird alle Logik zunichte... Oft sind es subtile Rhetoren, die ihrer Eigeninteresse verfolgen und durch Schmeichelei niedriger Instinkte zu überreden suchen... Je bestimmter eine Behauptung, je freier sie von allem Scheine von Beweisen und Demonstrationen ist, desto autoritativer ist sie...“

Das Werk Le Bons erschien vor 25 Jahren. Dieser französische Denker hatte sich den Adolf Hitler bereits psychologisch ausgerechnet, ehe er noch existierte.

## Erregung in Paris

### Vor der Erklärung Barthous über die Saarfrage

Paris, 25. Mai. Die Morgenpresse vom Freitag beschäftigt sich noch stark mit den „Saar-Zwischenfällen“. Immer lechzt die Forderung nach einer starken international organisierten Polizei im Saargebiet wieder; doch zweifeln manche Blätter daran, daß der Völkerbund überhaupt in der Lage sei, das von ihm verwaltete Gebiet fest in die Hand zu nehmen. Die französische Presse erwartet von der am Freitag in der Kammer stattfindenden außenpolitischen Interpellationsansprache eine Erklärung des Außenministers Barthous zur Saarfrage.

Das „Journal“ verteidigt das französische Verlangen nach einer besonderen Saarpolizei. Denn das Sicherheitselement lasse sich nicht durch eine moralische Verpflichtung, die Deutschland übernehmen würde, ersetzen.

Der „Petit Parisien“ erklärt, der Völkerbund würde sein Ansehen verlieren, wenn er zulassen würde, daß sich der Vorstoß gegen die Saar-Regierungskommission wiederholen würde. Die Regierungskommission müsse die notwendigen Mittel in die Hand bekommen.

Das „Echo de Paris“ legt sich für den Schutz der im Saargebiet wohnenden Franzosen ein, der nur durch Aufstellung einer starken Polizei oder durch Verschiebung der Abstimmung verhängt werden könne.

Besonders scharf schreibt der „Figaro“. Die deutsche Annahme sei der Kräfte der Schwäche und der Verdrängung der früheren Alliierten.

„Le Jour“ vertritt den Standpunkt, daß Frankreich, da

die Dokumenten diebe naturalisierte Franzosen seien, und es sich um Diebstahl des gemeinen Rechts handele, die Auslieferung beantragen könnte. Aber selbst wenn unwahrscheinlicher Weise die Diebe ausgeliefert werden würden, würden die Dokumente doch nicht zurückgegeben werden. Auch „Le Jour“ zweifelt, daß der Völkerbund der Lage gewachsen sei.

Der sozialistische „Populaire“ schreibt, die Saar-Zwischenfälle dürften nicht als Gelegenheit, noch als Vorwand für eine Prellpolitik dienen, die in Wirklichkeit nur eine Abenteuerpolitik mit unüberlebenden Folgen wäre.

### Schutzbündler in Rußland

(N.S.) Der Vorsitzende der Sowjetgewerkschaften M. Schewernik empfing die vor einigen Wochen in Moskau eingetroffenen Teilnehmer an den österreichischen Februarkämpfen. Zweck des Empfanges war, die Schutzbündler mit den Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion vertraut zu machen, da sie, ihrem Wunsch entsprechend, in Kürze in russischen Betrieben arbeiten sollen. Bei der Besprechung teilte Schewernik mit, daß die Sowjetgewerkschaften jedem der Schutzbündler die Summe von 500 Rubel aus den Sammelgebühren auszahlen werde, um ihnen die notwendigen Anschaffungen zu ermöglichen. Schewernik und die anderen Redner betonten, daß dies ein Akt brüderlicher Solidarität der Sowjetarbeiter sei, an den keinerlei politische Bedingungen geknüpft sind.

# Frau und Kind Segers frei!

## Ein Erfolg englischer Parlamentarierinnen

London, 25. Mai. (Eigener Bericht.)

Der Aktivist englischer weiblicher Parlamentarierinnen der konservativen Partei ist es zu danken, daß Frau und Kind des Reichstagsabgeordneten Seger am 19. Mai aus dem Konzentrationslager Hohenhausen (Anhalt), in dem sie seit 19. Januar gefangen waren, entlassen worden sind. Die englischen weiblichen Abgeordneten aller Parteien unternahmen im Anschluß an Ausführungen Segers im Unterhaus einen gemeinsamen Schritt beim deutschen Botschafter in London und eine konservative Abgeordnete, Mrs. Tate, reiste nach Deutschland. Anfangs wurde ihr von den deutschen Behörden verweigert, das Konzentrationslager Hohenhausen zu sehen und Frau Seger besuchen zu können. Sie gab sich jedoch mit dem abweisenden Bescheid nicht zufrieden und unternahm in Berlin mit großer Energie einen Schritt nach dem anderen, bis sie schließlich die Entlassung von Frau und Kind Segers erreichte. Mrs. Tate hofft, wie es in den umfangreichen und zahlreichen Meldungen der englischen Presse heißt, Frau Seger mit sich ins Ausland nehmen zu können, um sie ihrem Mann wieder zuzuführen.

Die Hilfsbereitschaft der englischen Parlamentarierinnen hat damit einen schönen Erfolg erzielt. Die Entrüstung über die barbarische Gefesseltheit einer unschuldigen Frau und eines wahrhaftig nicht minder unschuldigen Kindes war in England in allen Kreisen der Bevölkerung so allgemein und so stark, daß sich die deutsche Regierung der Erkenntnis nicht verschließen konnte, mit diesem Akt eine so aller Welt offensichtliche Grausamkeit begangen zu haben, so daß die Gefesseltheit nicht aufrechterhalten war.

Uebrigens ist am 18. und 19. Mai durch die gleichgeschaltete Presse und den gleichgeschalteten deutschen Rundfunk die Nachricht verbreitet worden, daß es in Deutschland „lebhaftes Befremden“ hervorgerufen habe, daß die norwegische Regierung auf Antrag der norwegischen Arbeiterpartei einen längeren Aufenthalt für den Seger bewilligt habe. Seger hält in Norwegen vierzehn Vorträge, die in Oslo am 10. Mai beginnen. Aus Schweden wird zur gleichen Zeit bekannt, daß die Schrift Segers über Dranienburg in der schwedischen Uebersetzung allein bis jetzt eine Auflage von 82.000 Exemplaren erzielt hat.

# Luftfahrtsministerium: 900 Personen

## Hochbetrieb der Luftrüstung

Berlin, 25. Mai. (Anrech.) Die Korrespondenz „Anrech“ ist in den Besitz eines umfassenden Materials über die deutsche Luftausrüstung gelangt, mit dessen Veröffentlichung wir heute beginnen.

Betrachten wir zunächst den deutschen Luftfahrt-Etat. Während der gesamte Luftfahrts-Etat im Jahre 1932 41 Millionen Reichsmark betrug, wovon etwa 20 Millionen als unmittelbare Vertriebsausgaben an die deutsche Luftfahrt flossen, erreichte er für das Jahr 1933 eine Höhe von 73 Millionen Mark, um für das Etatsjahr 1934 auf 210 Millionen Mark, d. h. dreimal soviel als 1932, fünfmal soviel als 1931, in die Höhe zu schnellen. Dabei weist der Etat nur die offiziellen Zahlen aus, von den Geheimfonds und Etatverschleierungen gar nicht zu reden.

Diese Aufblähung des Luftfahrts-Etats widerspricht sich auch in der Veranschlagung der leitenden Luftfahrtbehörden. Während die alte Luftfahrtabteilung im Reichsverkehrsministerium „nur“ 60 Mitarbeiter zählte, hat das aus ihr hervorgegangene Weimarer Luftfahrtsministerium heute in seiner Zentrale allein 900 Personen.

Vor kurzem hat das Luftfahrtsministerium im ganzen Reich 16 sogenannte Luftämter eingerichtet, deren Standorte und Bereiche nach rein militärischen Gesichtspunkten angelegt sind. Diese Luftämter, die unmittelbar Göring unterstehen, sind als Befehlshäuser für die einzelnen Betriebe anzusehen. Ihnen unterstehen die Flughäfen, die Bodenorganisationsanlagen, die Polizei-Flugwachen, die regionalen „Luftsport“-Verbände, die Fliegerkassen, die Wetter- und Funkdienststellen und schließlich die Luftschulungsanlagen und -organisationsstellen.

Die Industrieaufträge des Luftfahrtsministeriums, die in der Hauptsache als Aufträge für die Luftfahrt zur angeblich notwendig gewordenen Reorganisation ihres Flugzeugparks auf allmodernstes Flugzeugmaterial, aber auch als Aufträge für ausländische Hersteller, wobei ausländische Tochtergesellschaften deutscher Flugzeugfabriken vorgeschoben werden, getarnt sind, laufen durch eine besondere Abnahmabteilung.

### Das geheime Bauprogramm

Das im Sommer 1933 aufgeschaltete geheime Flugzeugbauprogramm für die deutsche Militärluftflotte hatte ursprünglich folgenden Umfang:

- 36 Dornier Do. X Bombenflugzeuge (dreimotorige Landflugzeuge),

- 6 Dornier-Do. Patrolienflugzeuge (dreimotoriges See-Flugboot),
- 56 Dornier-Do. Schulflugzeuge Type 2. 101
- 10 Dornier-Do. Trainingsflugzeuge Type 2. 100 (Hochdecker),
- 6 Dornier-Do. Trainingsflugzeuge Type 2. 100 (Hochdecker),
- 60 Dornier-Do. Aufklärungsflugzeuge Type 2. 61 (Landflugzeuge, BMW-Motor),
- 20 Dornier-Do. Aufklärungsflugzeuge Type 2. 65 (Wasserflugzeuge),
- 80 Arado-Do. Jagdflugzeuge Type 2. 11 (25-22-Motor),
- 10 Junkers Ju. 52 Bombenflugzeuge (dreimotoriger Tiefdecker, 25-22-Motor),
- 10 Messerschmidt Me. 21 Bombenflugzeuge (zweimotoriger Hochdecker, 25-22-Motor),
- 80 Siemensmotore 20. 2 (Luftgekühlter Sternmotor, 650 PS.),
- 600 BMW-Motore IX (wassergekühlter Reihenstrommotor, 750 PS.).

Bei diesem Programm ist zu berücksichtigen, daß die Luftfahrt z. B. vom Flugzeug Type Junkers Ju. 52 circa 50 Vertriebsmaschinen in Betrieb genommen hat, die durch Auswechslung einiger Teile in kürzester Zeit in Bombenflugzeuge umgewandelt werden können. Das gleiche gilt für fast alle ein- und zweimotorigen Verkehrsflugzeuge der Luftfahrt — im ganzen circa 200 Flugzeuge —, so z. B. für die Typen Junkers G. 38, G. 31, Ju. 60, B. 3, Heinkel HD. 70 usw. Es ist hierbei bemerkenswert, daß vom Luftfahrtsministerium an die Industrie Anweisungen erlassen ist, die an den Verkehrsflugzeugen notwendigen Umbauten so einzurichten und zu forcieren, daß die Montage im Ernstfall nicht länger als dreieinhalb Stunden dauert.

# Arbeitereigentum wird gestohlen

Im großen Gemeindebau Binarzklub im Arbeiterbezirk Brigittenau kam es dieser Tage zu einer ersten Prügelei zwischen den Christlichsozialen „Sturmchören“ und der Heimwehr, da beide das dort befindliche Arbeiterheim andrauden wollten. Die Heimwehrlager setzten und trugen alles, was im Arbeiterheim nicht niets- und nagelst war, davon.

suchen selbst deutsche Zollbeamte keine größeren Markbestände.

Ein Angestellter einer deutschen Firma mit 180 Mark Monatsgehalt wurde fristlos entlassen, erhielt jedoch kurz zuvor den Titel Generaldirektor und eine Abfindungssumme von monatlich 2000 Mark. Zum Wohnort seines Lebensabends erwählte er sich Paris und versprach, seine beratenden Dienste der Firma weiter zur Verfügung zu halten. Im Interesse der deutschen Wirtschaft genehmigte deshalb die deutsche Devisenstelle die monatliche Ueberweisung seiner Abfindungssumme. Erst als ein zweiter und ein dritter Angestellter derselben Firma mit dem Titel des Generaldirektors außer Dienst ausgeschrieben wurde und sich in beschaulicher Zurückgezogenheit nach Straßburg und Metz niederließ, begannen die deutschen Behörden, sich für den Fall zu interessieren.

Ein deutscher Kaufmann ließ seinen Notar zu sich bitten. Wie sich zeigte, war er durchaus nicht lebensmüde und dachte deshalb gar nicht daran, sein Testament aufzusetzen, wie der Notar gemeint hatte. Er bat den Notar nur, auf die nun kommenden Vorgänge mit Sorgfalt zu achten. Sodann nahm er aus seinem Geldschrank einen Stoß ausländischer Aktien und ein Nummernverzeichnis, das der Notar als „in Ordnung gehend“ begutachtete. Das Nummernverzeichnis ließ er auf dem Tische liegen, die Aktien fielen jedoch im Lauf seiner weiteren Unterhaltung mit dem Notar aus seiner Hand und in den Ofen, wo sie bald zu Staub und Asche wurden. Der Notar beglaubigte diesen Verbrennungsakt mit amtlichem Ernst und verabschiedete sich, der Kaufmann setzte sich noch in derselben Nacht, nur mit Nummernverzeichnis und Zahnhürste ausgerüstet, in den D-Zug nach Paris. Auf Grund der Akten wurden ihm dort sofort Duplikate für seine Papiere ausgestellt, die er an der Pariser Börse verkaufte.

Herr Dr. Gähbels hat kürzlich zu einem ausländischen Interviewer geäußert, daß die vielen Verfolgungen den Verstand der Juden geschärft hätten; aber auch der Verstand deutscher Volksgenossen wird ganz offenkundig geschärft durch die Angriffe, denen ihr sauer erspartes Vermögen, ihre Reichsmark, vom Dritten Reich ausgesaugt wird. Ein paar Fälle, ganz besonders spitzfindig ausgedacht und deshalb leichter als andere entdeckt, werden bekannt und bestraft. Aber wir glauben nicht, daß die bürokratische Ueberwachung und die bürokratischen Vorschriften auch nur eine Minderzahl der Versuche, deutsche Vermögen zu retten, werden erfassen können.

# „Nieder mit Göring“

Athen, 24. Mai. In deutschfeindlichen Kundgebungen kam es wie die „National-Zeitung“ berichtet, vor der deutschen Gesandtschaft anlässlich des Aufenthalts Görings. Die Manifestanten warfen einige Fenstersteine ein. Die Polizei mußte die Demonstranten zerstreuen, wobei es zu Zusammenstößen kam. Etwa 20 Personen, darunter mehrere Polizisten, wurden verletzt. Schließlich konnte die Ruhe vor dem Gesandtschaftsgebäude wieder hergestellt werden.

### Wie ein „Pestkranker“

Athen, 25. Mai. (Anrech.) Die Ankunft Görings in Athen hat nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch in breiten bürgerlichen Kreisen Empörung hervorgerufen. Die Zeitung „Anoraktikos“ greift Diller und Göring scharf an und bringt eine Karikatur Görings mit der Unterschrift: „Wer mir folgen will, nehme einen Galgen mit.“ Das Blatt teilt mit, daß die Regierung außerordentliche Maßnahmen zum Schutze Görings traf und daß er wie ein „Pestkranker“ ständig von einem Schutzordon von Polizei umgeben war. Als Göring am 19. Mai auf dem Grabe des Unbekannten Soldaten einen Kranz niederlegte, befand er sich unter dem Schutze mehrerer hundert Polizisten. Am gleichen Tage fand vor dem Gebäude der deutschen Botschaft in Athen eine Protestkundgebung gegen den deutschen Botschafter statt.

### Auch in Budapest

BUDAPEST, 25. Mai. Am Donnerstagabend berichteten die Blätter über die unerwartete Ankunft und den kurzen Aufenthalt des preussischen Ministerpräsidenten Göring in Budapest. Im Laufe des Donnerstags gab Ministerpräsident Göring bei Ministerpräsident Gombos und bei Außenminister v. Kánya seine Karte ab.

# Konservative Gegenrevolution

Berlin, 24. Mai. Auf Anordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes sind einzelne leitende Persönlichkeiten des nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm) durch die Staatspolizeistelle Steffin wegen Verdachts staatsfeindlicher Umtriebe in Saubhaft genommen worden. Es handelt sich um den pommerischen Landesführer des Stahlhelms, Degelow, und den Stahlhelmsführer Buchholz. Wie der „Völkische Beobachter“ mitteilt, werden den in Saubhaft genommenen Verurteilten zur Zeit gelang, die Einflüsse der bisherigen Stahlhelmangehörigen der SA-Reserve I in die große nationalsozialistische Kampffront durch örtliche Maßnahmen und Unterlassungen zu verhindern oder zum mindesten zu erschweren.

Berlin, 25. Mai 1934.

Zwei Mitglieder des Landbundes, deren Namen nicht bekanntgegeben werden, sind wegen Verhöhnung gegen das Regime verhaftet worden. Es soll sich um Angehörige einer zahlreichen Gesellschaft handeln, die bei geheimen Zusammenkünften antinationalsozialistische Propaganda treibt.

# Neue Niederlagen!

## Die deutschen Arbeiter gegen die Hitlerlisten

Berlin, 24. Mai. (Anrech.) Wir veröffentlichen nachstehend einige weitere, inzwischen bekanntgewordene Resultate der „Vertrauensratswahlen“:

- Walzwerk Düsseldorf: Belegschaft 1044, ungültig 623; Brinmann u. Bergell, Hamburg: abgegebene Stimmen 1000, mit Ja 300;
- Waggonfabrik Uerdingen: Arbeiter: 350 gegen, 200 für die Liste; Angestellte: 100 gegen, 20 für die Liste;
- Dalser Stahlwerk: Stimmberechtigt 1800, gegen die Liste 880, dafür 400, die übrigen blieben der „Wahl“ fern.

# Die Streikwelle in USA.

NEW YORK, 25. Mai. Die leitenden Regierungskreise in Washington besaßen sich am Donnerstag ausführlich mit der Streiklage, die nach wie vor als sehr ernst anzusehen ist. Jetzt kommt zu den mit größter Erbitterung geführten Arbeitskämpfen in Minneapolis und Toledo noch die Drohung eines Eisenstreiks in der Stahlindustrie. Der Metallarbeiterverband kündigte für den 16. Juni einen allgemeinen Ausstand an, falls seine Forderungen nicht bis zum 10. Juni bewilligt würden. Der Galenarbeiterstreik an der Küste des Stillen Ozean dauert nun schon drei Wochen. Der Schiffsverkehr in allen Häfen von San Diego bis Seattle ruht fast vollständig.

NEW YORK, 25. Mai. Wie aus Toledo (Ohio) gemeldet wird, hat die auf 6000 Mann angewachsene Menge der Streikenden nach Einbruch der Dunkelheit ihre Angriffe auf die Nationalgarde erneuert. Die Truppe mußte abermals von der Schusswaffe Gebrauch machen. Dabei wurden zwei Streikende getötet und eine große Anzahl verletzt. Unter den zahlreichen Verhafteten sollen sich 22 kommunistische Agitatoren befinden. Man befürchtet weitere blutige Ausschreitungen, da die Streikenden aus Detroit mit Maschinengewehren versehen wurden. Auch Dynamitanschläge werden erwartet. Sämtliche Fabriken sind von Truppen besetzt, die auch für den Fall des Abflauns des Streiks noch einige Zeit dort verbleiben sollen.

# Furchtbares Omnibusunglück

NEW YORK, 25. Mai. In Richmond im Staate Virginia ereignete sich ein furchtbares Verkehrsunfall. Ein vollbesetzter Omnibus stieß in schneller Fahrt mit einem Trecker zusammen. Der Anprall war so heftig, daß sich der ganze Vorderteil des Treckers in den Omnibus hineinbohrte. Beide Fahrzeuge gingen sofort in Flammen auf. Bisher werden acht Tote und mindestens 40 Verletzte gemeldet.

# Militärflugzeug abgestürzt

## Zwei Tote

NEW YORK, 25. Mai. Am ersten britischen Reichsflugtag hat sich in Andover (Dampshire) ein schwerer Unfall ereignet. Vor den Augen einer großen Zuschauermenge stürzte ein Militärflugzeug ab und verbrannte. Die beiden Insassen, ein Offizier und ein Unteroffizier, fanden den Tod. Dies ist der neunte schwere Unfall der britischen Luftstreitmacht seit dem 1. Januar d. J. Seit diesem Tage haben 15 Offiziere und Mannschaften der britischen Luftstreitmacht bei Unfällen den Tod gefunden. Im vergangenen Jahre waren 28 schwere Unfälle zu verzeichnen, bei denen 52 Mitglieder dieser Truppe den Tod fanden.

# Volksgenossen beim Devisenschmuggel

Immer enger werden die Maschen der deutschen Devisengesetzgebung zusammengezogen. Und immer mehr Lücken werden von Deutschen, die um ihre im Dritten Reich befindlichen Vermögen bangen, entdeckt und benutzt. Vom Standpunkt der nationalsozialistischen Wirtschaft aus ist das sicher außerordentlich bedauerlich, zumal auch die verschärfte Wachsamkeit der Aufsichtsorgane mit der Findigkeit der Devisenschmuggler nicht gleichen Schritt halten kann. Wir veröffentlichen im nachfolgenden einige Fälle, die in der letzten Woche von deutschen Behörden entdeckt worden sind, — nachdem sie schon methodisch angewandt worden waren.

Schiffe deutscher Linien gelten bekanntlich als deutsches Hoheitsgebiet; auch bei Mittelmeerreisen und anderen Weltumsegelungen dürfen die Passagiere beliebige Summen mit sich nehmen. Ebenso beliebt wie die Mittelmeerreisen sind die Landausflüge, die von den Anliegern aus unternommen werden. Die Teilnehmer deutscher Mittelmeerfahrten hatten oft das Glück, ein Zusammentreffen mit Freunden aus dem betreffenden Lande auf solchen Stippvisiten vereinbaren zu können. Die Rundreisen auf deutschen Schiffen werden wesentlich an Reiz verlieren, wenn ein deutscher Zollbeamter oder gar ein SA-Mann den deutschen Dampfer nur an dem langweiligen Hafenplatz Ceuta anlegen läßt, ohne daß die Passagiere die interessante Tour ans Land, nach Tetuan, antreten dürfen.

In dänischen Zeitungen erschienen in den letzten Wochen zahlreiche Inserate, wonach „Dienstmädchen in eine gemütliche deutsche Kleinstadt gesucht“ wurden. Die wachsame Polizei begann sofort, das Schlimmste zu vermuten und setzte ihren Spezialisten für Mädchenhandel ein. Bis der jedoch seine Untersuchungen abgeschlossen hatte, waren die Mädchen sehr vergnügt wieder in Kopenhagen eingetroffen, ohne allerdings ihre deutsche Stelle angetreten zu haben. Verschiedene dänische Kaufleute hatten auf diese Weise ein Reisebüro für deutschlanddurftige junge Damen organisiert, die auf Grund der Inserate eintreffen und die billigen Registermark dann zum vollen Werte verzehrten, sodann die deutschen Guthaben der Kaufleute mitnahmen und getreu nach Kopenhagen zurückbrachten. Denn bei Dienstmädchen, die keine Stelle gefunden haben und die Absagen auf ihre Bewerbungsschreiben noch in der Tasche tragen,

# Scheingefechte der „Arbeitsschlacht“

## Frontberichte an die „Deutsche Freiheit“

### Die Industrie

Die Berichte bestätigen, daß die Verminderung der Arbeitslosigkeit, die an sich nicht bestritten wird, im wesentlichen nicht durch Vermehrung produktiver Arbeit, sondern auf folgende Weise zustande gekommen ist:

1. Vergebung von Rüstungsaufträgen;
2. Ausdehnung der Kurzarbeit durch Druck auf die Unternehmer, Arbeiterentlassungen zu unterlassen und Neueinstellungen auch ohne Bedarf vorzunehmen;
3. Senkung der Löhne;
4. Notstandsarbeiten von weit mehr als fragwürdigem wirtschaftlichem Sinn, wie Deblaudkultivierungen, Stubbenroden, Ausräumung von Chauveegräben usw.
5. Ausdehnung des Arbeitsdienstes;
6. Verschiebung von jugendlichen Arbeitslosen als Landhelfer und Landhelferinnen;
7. Rückwärtsziehbildung der Unterhaltungsempfänger.

Auf diese verschiedenen Methoden werfen die Berichte einige bezeichnende Schlaglichter.

Zunächst zwei kurze Mitteilungen aus Berlin und Brandenburg, die zeigen, welche eigenartigen Rückwirkungen auf die Arbeitsbeschaffung sich aus diesen kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen ergeben:

1. Ein Teil der Mühlen — auch Großmühlen — mußten neue Speicher bauen, weil nach den neuen Vorschriften die Höhe des Vermahlungsfundaments auch abhängig gemacht worden ist von dem Umfang der Lagermöglichkeiten (mindestens die doppelte Menge des Monatsdurchschnitts);
2. Die Textilindustrie arbeitet zum Teil mit Hochdruck, weil sie Angst vor der Beschlagnahme von Rohstoffen hat.

Als Beispiel für den Zwang, Arbeiter unter allen Umständen ohne Rücksicht auf die Rentabilität des Betriebs einzustellen, wird aus Sachsen folgendes berichtet:

### Zwang zur Belegschaftsvermehrung

In der Belegschaftsvermehrung eines in seiner Branche bedeutenden Betriebes Westfalens hielt der Chef vor der Uebertragung der Stillrede am 21. März seine pflichtgemäße Ansprache und führte u. a. folgendes aus:

„Der arbeitslos ist schon jahrelang, weiß, was Opfer heißt. Und auch unter Unternehmen hat, obgleich wenig Aufträge vorliegen und wir früher zu Entlassungen schreiten mußten, den Opfern der Krise Entgegenkommen gezeigt. Auch wir haben geopfert, indem wir wieder Leute einstellen, obgleich wir wirklich keine Arbeit für sie hatten. Ich will Ihnen das mit folgenden Zahlen beweisen:

1930 hatte unser Unternehmen einen Umsatz von 1.800.000 Mark und wir beschäftigten 150 Leute. 1933 aber hatten wir nur noch 400.000 Mark Umsatz und beschäftigten 120 Leute. Und ich muß im Interesse der Wirtschaftlichkeit unseres Unternehmens ihnen auch sagen, daß es so nicht mehr lange weiter gehen kann, da das Betriebskapital bereits erheblich angegriffen werden mußte und die Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs schon bedeutend nahe gerückt ist.“

Und dieses Unternehmen ist nicht das einzige, das von der Substanz zehrt.“

### Die Pflichtarbeiter

Ueber das Schicksal der Notstandsarbeiter wird aus der Rheinpfalz berichtet:

„Die sogenannten Pflichtarbeiter müssen für die Unterhaltung ohne den geringsten Zuschlag arbeiten. Sie werden nicht als Erwerbslose geführt.“

Die sogenannten Arbeiter des Reinhardt-Programms erhalten täglich zur Unterhaltung 20 Pfennig für das Mittagessen und monatlich einen Zuschuss der Winterhilfe von 25 Mark. Letzteres wird aber jetzt eingestellt.

Soweit die Leute Privatunternehmern für Notstandsarbeiten zugewiesen werden, beträgt der Höchststundenlohn 50 Pfennig. Dabei ist ein Mann mit sechs Kindern, der wöchentlich nur 18 Mark nach Hause bringt, also nicht mehr als der Pflichtarbeiter des Wohlfahrtsamtes.“

### Abkommandierung der Jugendlichen

Je mehr sich die Unmöglichkeit erweist, wirklich zusätzliche Arbeitsplätze freizumachen, um so mehr wird der Versuch gemacht, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in den Arbeitsdienst und die Landhilfe abzuschicken und ältere Erwerbslose in ihre Arbeitsstellen zu bringen. In welchem Geiste diese „Umgruppierung“ erfolgt, zeigt ein Bericht der nationalsozialistischen „Zittauer Morgenzeitung“ in Zittau in Sachen über einen Appell der Betriebsführer und Betriebszellenobmänner für die Arbeitsschlacht, der am 28. April stattfand. Der Stabtruppenführer der Arbeitsschlacht, Bobert, setzte auseinander, daß die Möglichkeit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze nahezu erschöpft sei. Es bliebe daher nichts anderes mehr übrig, als Plätze durch Austausch zu schaffen. Die jungen Arbeiter müßten ihre Plätze in den Betrieben durch Uebertritt in den freiwilligen Arbeitsdienst räumen. Nach diesem Appell veranstaltete man in Zittau eine Kundgebung für die jungen Arbeiter. Auch vor den jungen Arbeitern sprach Bobert. Es sei ganz wie damals, als das Vaterland bedrängt durch äußere Feinde, das Volk aufrief. Wie sich damals Deutschlands Jugend zur Verfügung stellte, wie sie aus den Schulstufen, den Fabriken, den Kontoren, den Werkstätten herauseilte, um allein dem Vaterland zu dienen, so müsse sich auch die heutige Jugend in der Stunde der Gefahr der Ehrenpflicht ihres Dienstes für das Vaterland bewußt sein. Der Jugendliche müsse seinen Arbeitsplatz freiwillig aufgeben und ein Opfer bringen für die anderen Volksgenossen, die jahrelang mit ihren Familien gehungert haben.

Dieser Appell an die Jugendlichen — er wird uns in ähnlicher Form auch aus Berlin berichtet — wird um so notwendiger, als der Arbeitsdienst allmählich seine

Anziehungskraft auf die Jugend einzubüßen scheint. Früher gingen viele Jugendliche in den Arbeitsdienst, weil man ihnen nach Ableistung des Dienstjahres Arbeit in ihrem Beruf versprochen. Jetzt sichert allmählich durch, daß dieses Versprechen nicht gehalten wird, sondern daß die Arbeitsdienstler nach Ablauf des Dienstjahres als Landhelfer aufs Land geschickt werden — was uns aus Brandenburg, der Grenzmark und Nordbavern berichtet wird.

### Die Landhilfe

#### Keine Freizügigkeit

Entsprechend der wachsenden Bedeutung der Landhilfe in der Arbeitsschlacht mehren sich die Berichte über dieses System der „Arbeitsbeschaffung“. Um die neuen Zwangsmassnahmen vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, wird die Landhilfe — ganz nach dem Prinzip der nationalsozialistischen Propaganda — als eine notwendige Abwehrmaßnahme gegen die immer mehr um sich greifende Landflucht dargestellt. Während es den Nationalsozialisten in Wirklichkeit darauf ankommt, die Jugendlichen zu Hunderttausenden als Landhelfer wenigstens vorübergehend auf dem Lande unterzubringen, wird es jetzt allerorten in den offiziellen Verlautbarungen so dargestellt, als ob die Landbewohner in Scharen in die Städte strömten, um dort an den Segnungen der siegreichen Arbeitsschlacht teilzunehmen. So hat z. B. in Hessen der Reichsstatthalter Sprenger einen Aufruf veröffentlicht, in dem es heißt:

„Jedes Abwandern und jedes Anwerben aus ländlicher Arbeit in gewerbliche, auch hauswirtschaftliche Stellen, ist Sabotage am Ziel unseres Führers. Deshalb ordne ich folgendes an:

Die Führer der gewerblichen Betriebe sind dafür verantwortlich, daß alle ihre Arbeitsplätze ausschließlich mit Erwerbslosen, die für eine landwirtschaftliche Tätigkeit nicht in Frage kommen, besetzt werden.“

Keine landwirtschaftliche Arbeitskraft darf jetzt oder in den kommenden Monaten ihren Arbeitsplatz verlassen, auch dann nicht, wenn sich die Gelegenheit gewerblicher Arbeit bietet. Für Notstandsarbeiter, Arbeitsdienstwillige und Landhelfer muß volle Arbeitsbereitschaft für die Landwirtschaft gefordert werden. Jeder Dienst an der Landwirtschaft ist Ehrendienst am deutschen Volke.“

### „Hat der Bauer Geld“

Ueber das System der Landhilfe wird uns berichtet:

Jugendliche müssen sich bei Strafe der Unterhaltungsabziehung als Landhelfer verdingen lassen. Ihren Lohn zahlt nicht der Landwirt, sondern die Hitler-Regierung. Es ist ein Höchstlohn von 25 Mk. im Monat festgesetzt. Das entspricht ungefähr der Summe, die der jugendliche Arbeitslose auch bekäme, wenn er arbeitslos bliebe. Dieser Höchstlohn wird aber fast allgemein unterschritten. Nach einer Erhebung der Reichsanhalt vom 15. 2. 34, die den vertraglichen Monatslohn für 141.895 Landhelfer ermittelte, bezogen nur 10.900 Landhelfer den Höchstlohn von 25 Mk. im Monat, also nur 7 Prozent. In Thüringen erhielten weniger als 14 Mk., zum Teil weniger als 12, ja sogar 10 Mk. im Monat und nur ein Drittel einen Lohn, der höher war als 20 Mk., also 70 Pfennige täglich.

Ein Bericht aus Nordbavern stellt fest:

„Bekommt der Bauer mutige, arbeitsfähige Arbeiter, die auch etwas zu fordern wagen als Landhelfer, so ist er davon nicht erbaut und ist froh, wenn er sie wieder los hat. Wieder sind ihm Arbeiter, die weniger leisten können, nicht den Mut zum Fordern haben und mit allem (Kost und Unterkunft) zufrieden sind. Das hat seinen Grund im Geldhunger der Bauern. Der Bauer bekommt vom Staate für jeden Landhelfer im Monat 25 Mk., wovon er 18 Mk. an den Landhelfer als monatliches Taschengeld abgeben muß. Hat der Bauer keinen erwerbsfähigen Landhelfer, so gibt er im Monat 3, 4, 5, höchstens 10 Mark ab und behält das andere für sich.“

### Sklavenmarkt

Ein Bericht aus Südbavern sagt:

„Die Arbeitslosen werden rücksichtslos zur Frühjahrsbesetzung herangezogen. Die Landhilfe ist in Südbavern sehr ausgebildet. In Rosenheim wurden die Arbeitslosen mit Lastautomobilen vom Arbeitsamt auf das Land hinaus abgeholt. Die Bauern konnten sich wie auf einem Sklavenmarkt die Burschen aussuchen, die ihnen kräftig erschienen.“

Aus Brandenburg, Grenzmark wird berichtet:

„Die Arbeit in der Landhilfe ist für die meist ausgehungerten Arbeitslosen außerordentlich schwer. Ich habe selbst zwei junge Leute gesprochen, die auf einem Gut als Handlanger für Banarbeiten beschäftigt wurden bei einer Entlohnung von 5 Pf., die Stunde neben freier Kost und einer Arbeitszeit von morgens halb 7 Uhr bis 5 Uhr, dann schließlich auch noch landwirtschaftliche Arbeiten auf dem Hofe verrichten mußten. Da die Kost kaum ausreichend, die Entlohnung sehr schlecht ist, und die Leute ihre eigene Kleidung tragen müssen, verlassen sie immer wieder, zum Teil in Scharen, auszubrechen.“

### Landhelferinnen

Besonders übel wird den jungen weiblichen Erwerbslosen mitgespielt. In großer Zahl werden sie in den Städten als Landhelferinnen angefordert, weigern sie sich, dann bekommen sie keine Unterstützung mehr, erklären sie sich einverstanden, so werden sie ein halbes Jahr gegen 20 Mark Monatsentschädigung mit schwerer Landarbeit beschäftigt, um dann ebenfalls aus der Unterstützung auszuschneiden, da sie durch die Landhilfe zu Landarbeiterinnen geworden sind.

### Das Arbeitsschlachtabzeichen

Eine neue Methode der „Arbeitsbeschaffung“ wurde offenbar im ganzen Reich von der NS-Fago, der national-

sozialistischen Organisation der Gewerbetreibenden, aber auch von der RSDAP selbst angewendet. Nach Berichten aus Hannover, Sachsen, Schlesien und Baden wurden an die Bevölkerung insbesondere an die Hausbesitzer und Gewerbetreibenden Fragebogen verteilt, die — neben einem erläuternden Begleittext — folgende Form hatten:

Bitte ausfüllen! (Wird wieder abgeholt!)

Fragezettel!

Ortsgruppe: . . . . . Wohnung: . . . . .

Name: . . . . . Art des Betriebes: . . . . .

Ich verpflichte mich, in folgender Weise zur Arbeitsschlacht beizutragen:

. . . . . den . . . . . April 34.

(Unterschrift)

Mit Hilfe dieser Fragebogen wurde dann ein starker Druck auf die Bevölkerung ausgeübt, Anschaffungen zu machen, Reparaturen ausführen zu lassen, Leute neu einzustellen usw. Teils werden in Provinzzeitungen die Handwerksmeister usw. namentlich veröffentlicht, die Arbeiter eingestellt, teils die, die sich weigerte haben.

Schließlich berichtet man aus Nordbavern (und in ähnlicher Form auch aus Berlin):

„Jeder Bürger des „dritten Reiches“ muß das Arbeitsschlachtabzeichen zu 20 Pf. erwerben. Außerdem muß jeder eine Arbeitsstunde (50 Pf.) für die Arbeitsschlacht opfern. In den Orten sind Transparente angebracht mit folgendem Wortlaut: „1 Arbeitsstunde — 50 Pfennig — 1 Arbeitsstunde.“

Die Wirkung dieser umfassenden Propagandaaktionen ist noch nicht zu übersehen. Es wird jedoch vom Berliner Berichterstatter bemerkt, daß es immer noch einen Teil von Menschen gibt, denen die Beteiligung an der Arbeitsschlacht durch vornehme größere Anschaffungen, Reparaturen usw. als nationale Pflicht erscheint.

### Propaganda und Bluff

Eine besondere Bedeutung kommt aber in der „Arbeitsschlacht“ einer Methode zu, die in der obigen Aufzählung nicht enthalten ist: dem Bluffen mit Propagandaaktionen und Scheinerfolgen.

Das klassischste Beispiel dafür ist der Autostrassenbau in Remmich-Stejsch, einem Vorort von Dresden, über den wir schon berichtet haben: großer Eröffnungsaufmarsch, feierliche Spatenstiche des Reichstatthalter Rautschmann und der anderen nationalsozialistischen Großwürdenträger und am anderen Tage an der „Baustelle“ eine Tafel mit der Aufschrift: „Arbeiter werden nicht angenommen. Arbeitsaufnahme für drei Monate verschoben.“

Zur selben Zeit ergab eine sachliche Darstellung des Standes der Arbeiten an den Autobahnen im technischen Beiblatt der „Frankfurter Zeitung“, daß von dem mit ungeheurem Propagandaaufwand begonnenen Werk tatsächlich nur in Arbeit waren: 67 Kilometer mit 6000 Arbeitern auf der Strecke Frankfurt—Selbberg und 7 Kilometer mit 700 Arbeitern auf der Strecke München—Landsberg. Alle übrigen Strecken befanden sich noch im Stadium der Projektierung, Vermessung, Absteckung und bestenfalls Rodung. Daß die tatsächliche Arbeitslage inzwischen nicht besser geworden ist, geht aus einem Bericht aus Schleswig-Holstein vom 23. April hervor. Darin heißt es:

„Daß die mit so großem Eifer begonnene Arbeitsschlacht nicht nur zum Stillstand gekommen ist, sondern bereits in Rückschlag verfallen ist, hat nämlich schon einen erheblichen Teil Leute, die mit großem Eifer an der Autostrasse in „Arbeit“ gebracht worden sind, entlassen, weil kein Geld mehr da ist. So hat der Kreis Stormarn 300 entlassen. In Rastdorf wurden 220, in Bilsdorf 120, in Wandersdorf 80 wegen „Ueberfüllung der Arbeitsstelle“ entlassen.“

### Erlogene Siege

Von ähnlichen Scheingefechten bei der großen Arbeitsschlacht wird aus anderen Landesteilen berichtet. So wird aus der Auto-Union (dem großen sächsischen Autokonzern der Marken: Audi, Horch, DKW, und Wanderer) gemeldet:

„Im Vorjahre wurden von diesen Werken alte, langjährig dort beschäftigte Arbeiter in Massen aus dem letzten Arbeitsverhältnis gebracht und lediglich als Zeitarbeiter beschäftigt. Damit hatte die Verflechtung die Möglichkeit, diese Zeitarbeiter zu jeder Tagesstunde hinauszumerlen und am anderen Tage neu als Zeitarbeiter wieder einzustellen. So wurden die Arbeiter um alle sozialen Rechte gebracht.“

Und am 21. März 1934? Da mußten sich diese Zeitarbeiter, die in Wirklichkeit schon alte Arbeiter der Werke sind, gefordert stellen. Sie wurden mit Musik dorthin geführt, wo die zur Zeit in letztem Arbeitsverhältnis lebenden Arbeiter zur Uebertragung der Stillrede verammelt waren und der NSD-Redner stellte die Zeitarbeiter als die in Folge der Arbeitsschlacht in Lohn und Brot gekommenen bisher arbeitslosen Volksgenossen vor.“

Aus Schlesien geht uns folgender Bericht vom Arbeitsschlachtfeld zu:

„Rein staatlicher oder kommunaler Betrieb hat flüssige Mittel. In Görlitz wird zur Zeit eine neue Kaserne gebaut. Die Arbeiter verdienen wöchentlich 16 Mark. Am letzten Jahrestag mußten die Leute ohne Geld nach Hause gehen, weil nichts da war. Darüber große Aufregung in der ganzen Stadt. Mit den sogenannten Neueinstellungen wird der größte Schwindel getrieben. Die Stadt Görlitz hat kürzlich 65 Arbeiter und Angestellte, die angeblich Marxisten sind, entlassen und dafür 62 gleichgeschaltete Arbeiter eingestellt. Am anderen Tage erscheint eine große Kotiz in der Zeitung: 62 Neueinstellungen bei der Stadt. Daß aber 65 vorher entlassen worden sind, darüber kein Wort. Die Entlassenen bekommen vorerst keine Unterstützung, scheiden also bei der Arbeitslosenabzählung vollständig aus.“

Abonniert die „Deutsche Freiheit“

## Verklungene Ministerreden

Am letzten Sonntag hielt der deutsche Reichsbankpräsident eine große Rede. Während im alten Gebäude der Reichsbank die Auslandsgläubiger tagten, um über die Folgen des deutschen Transfernotatoriums schlüssig zu werden, eröffnete Herr Schacht einen Reichsbankneubau. Bei dieser Gelegenheit wäre wohl viel Bemerkenswertes zu sagen gewesen, denn die Reichsbank steht augenblicklich im Mittelpunkt deutscher Probleme; jeder Reichsbankausweis stellt eine geradezu spannende Fortsetzung des Berichtes aus der Vorwoche dar, spannend, weil er mit anscheinend unentweidlicher Sicherheit dem Katastrophenpunkt weiter zusteuert, spannend, weil von Woche zu Woche irgendein leichtes rettendes Ereignis erwartet wird und nicht eintritt.

Aber Herr Schacht sagte kein Wort zu diesem Ablauf, der seiner Führung unterstellt ist. Dagegen dozierte er ein langes und langweiliges Kolleg über preußische Finanzgeschichte, von einem seiner Sekretäre wohl aus Schmolfer abgeschrieben. Der Umstand, daß der Preußenkönig Friedrich II. die erste Vorläuferin der Reichsbank begründete, gab Herrn Schacht willkommenen Gelegenheit, sich selbst als Vollender dieses seines Vorgängers zu plakatieren. Es sei altpreußischer Geist, aus dem das Zentralnoteninstitut des Reichs entstand, und altpreußischer Geist habe im Hause der Reichsbank geherrscht von Anbeginn bis zur Stunde, sagte Schacht. Uns scheint, daß der neu-altpreußische Geist, der zur Stunde dort herrscht, nicht gerade altpreußische Sparsamkeit verkörpert; gerade in dem Augenblick, in dem die lebenswichtige deutsche Rohstoffeinfuhr abgedrosselt werden muß, um die Bestände der Reichsbank zu schonen, scheinen die vierzig Millionen, die man zum Bau eines repräsentativen Reichsbankneubaus auswirft, nicht gerade im Geiste altpreußischer Sparsamkeit verwandt zu sein.

Fridericus Rex habe die Bedeutung einer gesunden Währung mit überragendem klarem Blick erkannt und eine solide Währung organisiert, betonte der Reichsbankpräsident. Im Jahre 1934, unter Fridericus Schacht, hatte eine solide, unter wirklichen Opfern erhaltene Währung bestanden. Die Opfer wirklicher, altpreußischer Sparsamkeit wären unter Brünnings Kanzlerschaft gebracht worden; aber damals nannte Herr Schacht jene Sparsamkeit „eine Askese, die dem deutschen Wesen fremd sei“ (Deutsche Wirtschaftspolitik, Hannover, 1932). Es sei kein bloßer Zufall, daß der große Preußenkönig, der den Militarismus geadelt habe, auch der erste schöpferische Organisator eines deutschen Geldwesens gewesen sei, schloß der Redner. Dieser Zusammenhang ist Herrn Schacht, dem schöpferischen Organisator der deutschen Binnenmark, allerdings gleichfalls zuerkennen: der Militarismus, moderner ausgedrückt, die Rüstungspolitik, haben auch die Grundzüge seiner Währungspolitik diktiert.

Der Finanzminister, Herr von Schwerin-Krosigk, hat

wieder eine Rede gehalten. Ihr Inhalt war, daß eine Rückzahlung der 6 Milliarden, die das Reich von den nächsten fünf Jahren gepumpt habe, „ohne weiteres möglich“ sei. Am selben Tage erschien der Bericht über den Reichshaushalt im vergangenen Rechnungsjahr, das vom 1. April 1933 bis zum 31. März 1934 abließ. Dieses Budgetjahr ist zugleich das erste Ankurbelungsjahr; und weil die Erfolge der Ankurbelung in den nächsten fünf Jahren so groß sein sollen, daß die 6 Milliarden ohne weiteres hereingeholt werden können, muß sich dieser Erfolg ja jetzt schon zeigen.

Während etwa 3 1/2 Milliarden Arbeitsbeschaffungsmittel der Wirtschaft zugepumpt wurden, hat sich die gesamte Einnahme nur um 197,4 Millionen gegenüber dem Vorjahre erhöht. Dieses Mehr stammt aber nicht einmal aus allgemeiner Konjunkturbesserung, sondern mit 195,8 Millionen RM. aus der Fettsteuer, die in diesem Jahre erstmalig erhoben wurde.

Ganz allgemein läßt sich feststellen, daß sich die Erfolge der Arbeitsbeschaffung nicht in einer Verbesserung der steuerbaren Einkommen und des Verbrauchs ausgewirkt haben. Fast alle typischen Massenverbrauchssteuern sind gesunken: die Tabaksteuer um 19,1, die Biersteuer um 16,6, die Zuckersteuer um 7,1 Millionen. Wenn Salzsteuer (um 29,0) und Spiritusmonopol (um 12,3) gestiegen sind, so beruht dies auf dem Preisschub, den der Staat ihren Kartellen verstärkt angelehnt ließ, sodaß diese ihrerseits steuerfähiger wurden. Die veranlagte Einkommensteuer ist um 22,9, die Lohnsteuer um 18,4 Millionen zurückgegangen. Uebrigens ist es nicht uninteressant, daß der Bericht die „freiwillige“ Spende zur Förderung der nationalen Arbeit als eine „Lohnsteuer“ bezeichnet, die mit 9 Millionen eingesetzt wird.

Gestiegen sind die Einnahmen, die aus dem direkten Ankurbelungsbetrieb und den Ankurbelungsindustrien steuerbar wurden: die Mineralölsteuer (Motorisierung!) mit 8,4 Millionen; auch die Kraftfahrzeugsteuer ist um 39,5 Millionen gestiegen, eine Folge der außerordentlichen Automobilbegünstigung der Reichsregierung. An Mehrsteuern, die direkte Folgen der industriellen Ankurbelung sind, stiegen weiter die Umsatzsteuer um 161,8 Millionen, die Güterförderungssteuer um 9,5 und die Wechselsteuer um 13,9 Millionen. Als einmalige Steuereinnahme kann die Reichsfluchtsteuer mit 16,7 Millionen Erlös betrachtet werden.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Einnahmen der Monate Februar und März verschlechtert. Wie auch aus anderen Symptomen festgestellt werden kann, ist die Wirksamkeit der Arbeitsbeschaffung also bereits in leichter Abnahme. Die Kurve, die in einem Jahre 200 Millionen Mehreinnahmen erbrachte, geht nicht so steil aufwärts, daß sie in fünf Jahren einen 6-Milliarden-Pump beglichen haben könnte.

Deutsche Ministerreden haben kurze Beine.

## „Das Geld bleibt im Lande“

### Das falsche Rechenexempel der Aufrüstung

1350 Millionen Reichsmark rund beträgt der amtlich zugestandene Rüstungshaushalt des Reiches (einschließlich Luftschub und Kosten der SA). Die wirklichen Kosten der Aufrüstung dürften noch um einige hundert Millionen höher sein. Deutschlands Wehretat nähert sich damit wieder dem Gipfelpunkt, den das Kaiserreich seiner Zeit erklommen hatte, nur daß dieses nicht noch außerdem die Kriegsoffiziersversorgung eines Weltkrieges mitzuschleppen hatte.

Der Trost der Militaristen für diese Lasten, die der Bevölkerung auferlegt werden, ist immer der gleiche: „Rüstungen schaffen Arbeit — das Geld bleibt im Lande.“ Aber mit beidem hat es einen Haken: Das Geld bleibt nicht im Lande insofern, als ein großer Teil der Rohstoffe für die Rüstung aus dem Auslande eingeführt werden muß. Selbst Göbbels hat das in seiner Sportpalastrede gegen die „Miesmacher“ eingestehen müssen. Er erklärte die Devisenklemme des Reichs damit, daß die Arbeitsbeschaffung vermehrte Rohstoffzufuhr erfordert habe.

Dies Argument entlarvt aber den Charakter dieser Arbeitsbeschaffung. Wären nämlich die Rohstoffe für normale wirtschaftliche Produktionszwecke eingeführt worden, so hätte sich eine entsprechende, ausgleichende Ausfuhr ergeben. So war es früher in Deutschland unter dem verrotteten, schmachvollen Regiment der Weimarer Republik. Damals konnte sogar weit mehr an Rohstoffen eingeführt werden als jetzt und es ergab sich trotzdem kein schädlicher Einfuhrüberschuß — im Gegenteil: indem das Ausland die verarbeiteten Rohstoffe als Fertigwaren zurückkaufte und die in Deutschland darauf verwandte Arbeit mitbezahlte, verbuchte der deutsche Außenhandel einen erheblichen Gewinn.

Nur jetzt ist es anders, weil die von den ausländischen Metallen, Textilien usw. erzeugten Tanks, Flugzeuge, Geschütze, Uniformen usw. usw. restlos in Deutschland bleiben, weil das Ausland daher einen großen Teil der in Deutschland „veredelten“ Rohstoffe nicht mehr in der Gestalt von Fertigwaren zurückverwirft. Die Einfuhr der wichtigsten Rüstungsmetalle wie Kupfer, Nickel, Eisenschrott, Zinn usw. hat sich bekanntlich mehr als verdoppelt; dagegen ist die Ausfuhr an Metallwaren rapide gesunken; die Aufrüstung sorgt also nicht dafür, daß das Geld im Lande bleibt, sondern bewirkt gerade umgekehrt, daß es zum Lande hinausgeht! Die trostlose Devisenbilanz der Reichsbank ist der beste Beweis dafür!

Nicht besser ist es mit dem zweiten Argument, daß die Rüstungen Arbeit schaffen. Gewiß ist es für die deutsche Wirtschaft günstiger, daß die Verarbeitung der eingeführten Metalle zu Geschützen, Tanks, Flugzeugen usw. im eigenen Lande geschieht, als wenn auch noch diese Kosten an das Ausland bezahlt werden müßten. Im übrigen aber liegt die Sache so, als wollte z. B. ein Architekt weit über seine Vermögensverhältnisse für sich selber eine pompöse Villa bauen und sich über die Kosten damit trösten: „Das Geld bleibt ja bei mir.“

Gewiß, wenn das Reich — sagen wir einmal — für 50 Millionen Mark Kriegsflugzeuge und Tanks baut, so verwandelt sich der nicht für ausländische Rohstoffe benötigte Teil dieser Summe in Arbeitslöhne in inländischen Unternehmerprofit usw. Ein Teil der 50 Millionen — sagen wir 40 Millionen — läuft also tatsächlich um, die Arbeitslöhne zu wandeln sich in Lebensmittel, Mieten, Textilien usw. Aber was sind diese umlaufenden 40 Millionen für Geld? Sie sind Kapitalien, die bereits vormem vorhanden waren, denn aus der Luft kann das Reich die Bezahlung der Rüstungen nicht nehmen. Entweder stammen die Gelder aus Steuererträgen, dann wird also nur der Wirtschaft das ihr vorher entzogene Geld wiedergegeben. Da aber

## Schmitts Geschäft mit Darrés Erbhofgesetz

Den deutschen Bauern wird es erst jetzt langsam klar, was das Erbhofgesetz für sie bedeutet. Sie merken, daß sie keinen Kredit mehr bekommen können, denn der Erbhof darf nicht belastet werden. Sie merken, daß sie nicht mehr Herr auf ihrem eigenen Hofe sind, denn die Erbhöfe dürfen nicht veräußert werden und die Bestimmung des Erben ist im Gesetz genau festgelegt. Sie merken, daß durch das Erbhofgesetz ihre anderen Kinder enterbt worden sind, denn diese Kinder haben keinen Anspruch mehr an den Hof und nichts darf ihnen zu Lasten des Hofes oder des Hoferben vererbt werden.

Je mehr die Bauern merken, welche verhängnisvollen Folgen das Erbhofgesetz für sie hat, um so mehr wächst die Mißstimmung und Empörung. In einzelnen Kreisbauernversammlungen ist es zu erregten Auseinandersetzungen über das Erbhofgesetz gekommen, die sich z. B. in Westfalen bis zu Tumulten gesteigert haben. Die Kreisbauernführer werden von den Bauern überlaufen, die Aufklärung verlangen und bei ihrer Kritik kein Blatt vor den Mund nehmen. Sie müssen vertröstet werden und schon spricht man von „entscheidenden Änderungen“ des Gesetzes, die unmittelbar bevorstünden. Kein Wunder, daß der Reichsnährstand kein übermäßiges Interesse verspürt, die Bauern über die Segnungen des Erbhofgesetzes weiter aufzuklären. In Gebieten, in denen früher allmonatliche Kreisbauernversammlungen die Regel waren, haben seit Anfang des Jahres überhaupt keine Versammlungen mehr stattgefunden. Das Gesetz, das den Nationalsozialismus für alle Zeiten im Bauerntum verankern sollte, wird zum Bumerang, der gegen seine Urheber zurückfliegt.

Jetzt ist dem Reichsnährstand im Kampf um das Erbhofgesetz ein neuer Widersacher erwachsen, mit dem er gewiß nicht gerechnet hat: die Versicherungsgesellschaften. Die Versicherungskonzerne wittern ein neues Riesengeschäft. Was liegt auch näher, als den Bauern klarzumachen: Ihr könnt über euren Hof nicht mehr frei verfügen, ihr könnt euch, wenn ihr euch zur Ruhe setzen wollt, nicht

nach dem offenen Geständnis des Finanzministers von Schwerin-Krosigk die Steuererträge für die Rüstungen nicht ausreichen, sondern das Geld für die „Arbeitsbeschaffung“, d. h. für die Aufrüstung „gepumpt“ wird, so heißt das nichts anderes, als daß irgendwelche Sparkapitalien in den Zirkulationsprozeß geworfen werden, d. h. daß das vorhandene Kapital um die neu zirkulierende Summe vermindert wird.

Auch hier zeigt sich der unproduktive Charakter der Rüstungsausgaben klar in den Wirkungen: Würden anstatt der Tanks z. B. Verkehrsfahrzeuge (Eisenbahnwagen, Automobilomnibusse o. dergl.) gebaut werden, so ließen sich durch deren Verkauf bzw. Gebrauch (Fahrgelder!) die Entstehungskosten wieder einbringen. Die angebotenen Sparkapitalien würden durch diese Einnahmen wieder ersetzt, neu aufgefüllt werden. Tanks und Militärfahrzeuge bringen aber keinen Pfennig ein, weder durch Verkauf, noch durch Benutzung, im Gegenteil, sie fressen nur Geld. Das für sie aufgewandte Kapital ersetzt sich nie und nimmer!

Die bequeme Ausrede der Militaristen, daß durch die Aufrüstung „Geld unter die Leute komme“, entpuppt sich also dahin, daß dieses Geld aus einer dauernden Verminderung der Substanz der Wirtschaft fließt: Je mehr Geld „unter die Leute kommt“, desto rascher vermindert sich das vorhandene Kapital. Die Folge daraus muß sich eines Tages mit zwingender Notwendigkeit ergeben.

Julius Civilis.

## Haben Generaldirektoren . . . ?

(ITF.) In der Maizeitung der Deutschen Arbeitsfront klagte der Führer der Reichsbetriebsgruppe „Stein und Erde“ Stein und Bein, daß die deutschen Arbeiter zu „anerkannt unzulänglichen Löhnen“ arbeiten müßten. Er stellte eine Gewissensfrage: „Haben Generaldirektoren, Unternehmer und so weiter den Leibriemen genau so eng geschnallt? Die Frage braucht nicht beantwortet zu werden! Und sie darf sogar aus Billigkeitsgründen unbeantwortet bleiben und soll nie wieder auftauchen, wenn im zweiten Jahre der Arbeitsschlacht Sünden des vergangenen Jahres seitens der betreffenden Volksgenossen freiwillig gutgemacht werden.“

Wir wollen die Frage lieber doch beantworten und zugleich zeigen, wie die Generaldirektoren des „dritten Reiches“ ihre Sünden freiwillig wieder gutmachen. Nach der sieben erdienenen Bilanz des drittgrößten deutschen Kalikonzerne, der Burbach-Kaliwerke, erhielten im Jahre 1932 die vier Vorstandsmitglieder zusammen 274 000 RM., also jeder 68 500 RM. Als echte Nationalsozialisten senkten sie die Gehälter auf je 46 250 RM. (zusammen 185 000), aber jeder bewilligte sich gleichzeitig einen „persönlichen Kredit“ von 35 000 RM. (zusammen 140 000), so daß den Generaldirektoren in dem gleichen Jahre, in dem die Löhne der Arbeiter rigoros gesenkt wurden, je 81 250 RM., monatlich 1000 RM. mehr, ausbezahlt wurden.

Die Generaldirektoren haben den Leibriemen nicht enger schnallen brauchen, aber sie haben sich über die Naivität der braunen Maizeitung köstlich amüsiert.

## 10 000 jüdische Siedler nach Birobidjan

(FSU.) Im Laufe dieses Jahres werden 10 000 jüdische Siedler aus Ländern außerhalb der Sowjetunion im autonomen jüdischen Gebiet von Birobidjan Aufnahme finden. Sie kommen aus Deutschland, Argentinien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Polen, Frankreich, Palästina und Litauen. 2000 von ihnen werden in der Landwirtschaft arbeiten, der Rest in der sich rasch entwickelnden Industrie. Dadurch wächst die Zahl der ausländischen Siedler in Birobidjan bedeutend, da auch in früheren Jahren qualifizierte Bauern und Industriearbeiter aus allen Teilen der Welt dort zugewandert sind.

mehr auszahlen lassen — also braucht ihr eine Lebensversicherung. Ihr könnt euren Töchtern keine Aussteuer mehr zu Lasten des Hofes geben — also braucht ihr eine Aussteuerversicherung. Ihr könnt nach § 30 des Erbhofgesetzes euren anderen Söhnen eine Berufsausbildung nur zukommen lassen, „soweit die Mittel des Hofes dies gestatten“ — also müßt ihr auch dafür durch Abschluß einer entsprechenden Versicherung vorsorgen. Es ist leicht erklärlich: die Versicherungsgesellschaften haben auf dem Lande eine neue große Konjunktur und ein Heer von Agenten und Werbern dringt bis ins letzte Dorf, um die Bauern von der unumgänglichen Notwendigkeit eines Versicherungsabschlusses zu überzeugen.

So haben es die Versicherungen in großem Maßstabe übernommen, die Bauern über die Folgen des Erbhofgesetzes aufzuklären. Im Reichsnährstand erkennt man die wachsende Gefahr dieser Aufklärung und beginnt, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Mehrere Landesbauernschaften haben bereits Erlasse herausgegeben, die sich gegen die „unlautere“ Versicherungspropaganda unter den Erbhofbesitzern wenden, das Vorgehen der Versicherungsgesellschaften als „Sabotage“ am hohen Grundgedanken des Erbhofgesetzes brandmarken und schärfste Mittel dagegen androhen. In einzelnen Kreisen haben außerdem die Landräte die Gemeindevorsteher angewiesen, auf das Treiben der Versicherungsgesellschaften zu achten und erforderlichenfalls dagegen einzuschreiten.

Welch groteske Situation: Darré muß gegen die Versicherungsgesellschaften kämpfen, damit sie nicht — natürlich aus wohlverstandenen Geschäftsinteresse — die Bauern über den wirklichen Inhalt seines Erbhofgesetzes aufklären! Sollte das Erbhofgesetz vielleicht gar ein Kuckucksei sein, das der Herr Reichswirtschaftsminister Schmitt, weiland Generaldirektor des größten deutschen Versicherungskonzerne, Herrn Reichsnährungsminister Darré ins Nest gelgt hat? Was ist im „dritten Reich“ nicht möglich!



## Der Ball in Gramertsdorf

Eine Geschichte aus dem heutigen Bayern - Von Oskar Maria Graf

Die Herrschaft des „dritten Reiches“ muß in meiner bayerischen Heimat doch nicht so beliebt sein, wie man allgemein annimmt. Mögen auch die Zeitungen noch so lautmächtig berichten, wie paradiesisch alles abläuft — es kann nicht stimmen. Es muß da — unter uns gesagt — was absolut nicht in Ordnung sein, denn jetzt hat man sogar in bezug auf den berühmten Fasching amtliche Verfügungen herausgegeben, die etwas seltsam anmuten. „Nämlich“ hat neulich eine weitverbreitete Zeitung geschrieben, „derartige Verhaltensmaßregeln amtlicherseits seien absolut notwendig, wenn man in Betracht zieht, daß gerade auf den Faschingsfesten immer noch staatsfeindliche Elemente in harmlos erscheinenden Kostümen auftauchen, welche nichts anderes verraten als eine schwere Herabwürdigung des neuen Deutschlands. Eine derartige getarnte giftige Propaganda in die Fröhlichkeit unseres Faschings zu tragen, das ist der Gipfel der Gemeinheit!“

Es läßt sich denken, daß ein solcher Pöbelschrei wirkte. Das bayerische Innenministerium hat nunmehr sogar verfügt, daß auch auf Bauernbällen keinerlei Kostümierung zugelassen sei, welche die Bauern herabwürdigend, die Bezirksämter haben diesen Erlaß an die Gemeinden hinausgegeben, die Bürgermeister haben hinwiederum das amtliche Schriftstück ausgehängt. Aber — mein Gott — in einem Dorf hat man andre Sorgen und liebt solche „Aushängel“ nicht.

Neulich war beim Bohrwirt von Gramertsdorf ein großer Bauernball. Hundertum aus dem weiten Gau sind die Leute zusammengeströmt. Der riesige Saal war dunkel. Der Boden hat sich schier gebogen, wenn getanzt wurde, die Decke drohte einzustürzen, wenn die Schuhplattler mit ihren schweren Regenschuhen herumgetrompelt sind, die Fenster haben gezittert. Eine Fidesität war wie in besten alten ruhigen Zeiten.

Und schön war es, was für echte alte Trachten sich da zeigten. „Bloß“ hat der Greinberger von Verbsching gemeint, „heutigentags schau'n a Baur nimmer a so aus.“

Diese Bemerkung hat der Kleinhändler Haunzenbacher — ein Mensch, zwar nett, um und um, aber nicht ohne Pöbel gefallen — aufgeschwappt. Er hat sich ein bißl zum Greinberger hinübergeliegt und gefragt: „Wia? Wia hosti gemaant? Dös is net echt?“ — „Na“, hat ihm der Greinberger geantwortet, „a so wie a heuriger Baur auschaut, a so is koaner do.“

„Ja, ja“, hat der böshafte Haunzenbacher spitzig gemeint: „Mein großer Volkskanzler hat uns sein gmaht . . . Er mag dös Wscherte net.“ Das hinwiederum haben etliche gehört, die — weiß der Teufel, warum — einen heißen Vorwurf daraus deuteten. Der Haunzenbacher hat sich aber nie um das gekümmert, was man sagen darf und was nicht. Er ist samt seiner zaudernden, fast zwerghaften Figur und samt dem, daß man ihn in der Gemeinde nicht achtet, ein aufrechter Mensch.

„Ja, ja“, hat er sofort wiederum gesagt: „Mein Volkskanzler is ja aa (auch) sein jeht. Er tragt sogar an Brad, wenn er wohin geht.“

Der Bürgermeister Dalsinger von Gramertsdorf hat das vernommen und ist granig geworden. Er hat über den Tisch hinübergeschrien: „Heunt san mir lustig, Haunzenbacher, Seunt werd net über Politik gredt!“ Er ist kein Nazi, der Dalsinger, aber er muß sich halt „den Verhältnissen anpassen“, und das ist heutzutage grad für einen Landbürgermeister nicht immer so leicht. Ueberall sitzen Nihilisten herum und man kann nicht vorsichtig genug sein. Er wollte also eigentlich den Haunzenbacher bloß warnen. Der Hauptlehrer Wanger nämlich sah neben ihm und von dem wußte jeder, daß er ein Nazi war. Hingegen der Haunzenbacher hat sich sein Verbot noch um seine Amtsperson geschert. Kurzum, es hat sich ein erregter Diskurs ergeben.

Der sonst friedliche Greinberger hat sich auf die Seite vom Haunzenbacher geschlagen und hat gemeint: „Dös is doch beim Teufel net soa Politik, wenn der Haunzenbacher sagt, echt is auf den Ball koaner!“

„Echt oder net echt, Pfeisendekel! Die Hauptsach is, daß s lustig is!“ hat der Bürgermeister dieses bedrohliche Ge-

sprach abriegeln wollen. Der Haunzenbacher ist dazwischengefahren und hat geplarrt: „Aber wenn man schon amoi an Ball macht, do wo dös echt Baurn sein solln . . . I moan, Bürgermoaster, do waars doch ganz schön, wenn dös feina Herrn do vorn . . .“

„Sei doch stad, Haunzenbacher!“ hat ihm der Bürgermeister das Wort abgeknitten, aber der Kleinhändler hat in einem Fort auf den Ehrenisch hingezigt, wo der Major Hünglinger, der Assessor Brandl und der Polizeiwachtmeister mit einigen Herren in schmuder SA-Uniform gesessen sind und hat weitergesprochen: „I glaub, dös Herrn wißn gor net, wie a richtiger Baur auschaut. Dö werdn mona, wenns uns a so sehng, mir arbeite mitn Feiertagswand.“

Hünglinger, Brandl und die Herren vorn wurden bereits aufmerksam. Der Bürgermeister bekam ein rotes Gesicht und Stirnfalten. Grad fing der Walzer an und imärm der Musik ging alles unter.

„No ja“, schien der Haunzenbacher endlich wieder zufrieden zu sein und hob seinen vollen Maßkrug: „No ja, es is ja Fahnaht. Es is ja bloß a Spül!“

Der Bürgermeister schnaute auf. Die Gefahr schien vorüber.

„Ja, eh! Eh, Haunzenbacher! Prost! Daß d' a Ruah gibst!“ sagte er und trank dem Kleinhändler zu.

Vorn am Ausgang hingegen drängten sich jetzt etliche Leute und wurden immer mehr. Der Schutzmann Wenwieser hatte allem Anschein nach was zu tun, denn die Spitze seines Helmes ging zwischen den Köpfen hin und her, erregt hin und her. Jetzt wurde es lärmend vorn. Die Tanzenden schauten halb hin, die Herren vom Ehrenisch machten gespannte Gesichter, der Hauptlehrer Wanger redete seinen Hals und auf einmal bildete sich eine Gasse vorn: herein spazierten der Jodlbauer von Breitmoos und der Arlinger vom Birksing, alle zwei im Feiertagsgewand und um und um mit Kuhredel beschnürt, mit einer Zipfelhaube und einer Mistgabel über der Achsel.

Gläserige Augen hatten sie schon, mußten dem Bier hübsch zugesprochen haben und trawallierten lustig drauflos: „So Peutln! Schongis der, Peutln! Hier san zu sehng zwoa echte Baurn!“ Und sie stellten ihre Mistgabeln hin, umlachten einander und tanzten kreuzfidel ins Gemenge der Leute. Sie lachten und lachten und überall lachten die Leute auch, so weit sie Bauern und Einheimische waren. Auf einmal aber schoß der Wondarm auf sie los, weil ihm der Assessor Brandl und der Major Hünglinger Zeichen gegeben hatten, urplötzlich wurden auch die vornehmen SA-Herren lebendig und stürzten auf das seltsame Tänzerpaar los, um sie energisch zu packen.

„Halt! Sofort aus dem Saal! Verhaftet! Marsch, mit!“ hörte man durch das allgemeine Geschrei.

„Worum denn! Dös is doch lustig! Dö san doch echt!“ plärrten andre, und mit einer Schnelligkeit, wie man sie sonst nicht gewohnt ist in der dortigen Gegend, entwickelten sich ein Zueinanderdrängen.

„A Ruah! Ruhe! Auseinandergehn!“ gelte es hochauf.

Hingegen jeht war man schon beim Gackeln und Raufen. „Unverschämtheit! Gemeinheit! Staatsverbrecher!“ donnernten die SA-Herren. Es wurde immer wüster, die einen wollten beruhigen, die andern keiften, die Weiber plärrten und liefen auf den Ausgang zu. I-sch-paich! I-sch-paich! tat es und auf einmal stürzten die Lampen herunter, in der Dunkelheit schlug alles aufeinander ein. Es war eine Kauferei, wie sie der Saal von Gramertsdorf noch nie erlebt hatte. Die SA-Herren sollen sehr schlecht weggekommen sein, auch der Hünglinger, der Hauptlehrer und der Assessor sollen verwundet worden sein und unmerklich das Weiße gesucht haben.

Am andern Tag aber wurden der Jodlbauer und der Arlinger verhaftet. Es heißt, sie seien nach Dachau gebracht worden.

Seither aber hat man in der dortigen Gegend den Humor verloren. Den — und die Sympathie für Hitler. Recht gibt man dem Haunzenbacher, wenn er insgeheim vor sich hinbrummt: „Dös echte dert nimmer set, drum is ois (alles) a so a Schwind!“

## Die neue Richtung

Es war die Zeit des großen Experimentierens in der Malerei. Futuristen, Kubisten, Expressionisten, Dadaisten liefen einander den Rang ab im Ausdrücken unerhörter Originalität. In den Kaffeehäusern gab es natürlich endlose und häufig sehr temperamentvolle Auseinandersetzungen über die Berechtigung derartig vom Objekt losgelöster Kunst überhaupt und über die einzelnen modernen Richtungen insbesondere.

Randinski hatte eine seiner ersten Ausstellungen. Maler und Literaten stritten gewaltig um den Wert seiner Bilder. Ein Kunstkritiker, der die neue Malerei entsetzt ablehnte, behauptete, sie biete dem Betrachter gar keine Möglichkeit, ein sachverständiges Urteil abzugeben. Jede Farbenshärme werde mit einem verfliegenen theoretischen Grundlag verteidigt, figürliche Kompositionen seien überhaupt nicht zu erkennen, kurz, Talentlosigkeit und Schuldlosigkeit hätten gute Tage, da sie mit dem Anspruch auf geniale Modernität auftraten könnten.

Peckstein widersprach heftig, legte die Grundprinzipien seiner Kunst dar und zog allerdings in Zweifel, ob Randinski überall den höchsten Anforderungen der expressionistischen Lehre gerecht würde.

„Das wollte ich auch gerade sagen“, bestätigte der Regisseur Franz Zavel. „Die Bilder, die Sie, Herr Peckstein, mir kürzlich in Ihrem Atelier zeigten, haben mich viel mehr von der Richtigkeit des Expressionismus überzeugt als die ganze Randinskische Ausstellung. Ich denke da besonders an eins Ihrer Bilder an der Wand links vom Fenster.“

„Welches meinen Sie denn da?“ fragte der Maler geschmeichelt.

„Die Symphonie in Grün und Violett oder vielleicht die Strahlenstudie?“

„Ich kann es Ihnen wirklich nicht mehr genau sagen. Es war wohl ein Porträt oder eine Landschaft oder etwas Ähnliches . . .“

## Der abgewöhnte Dialekt

Arno Holz hatte seine Tragödie „Sonnenfinsternis“ dem Deutschen Theater zur Uraufführung übergeben, und die Proben hatten begonnen. Dabei stellten sich unbeschreibliche Schwierigkeiten heraus, die schließlich auch zur Ablegung des Stückes führen mußten. Die Hauptrollen waren einfach nicht zufriedenstellend zu besetzen, zumal der Dichter nicht das geringste Verständnis an die Notwendigkeiten der Regie und an die Persönlichkeiten der Darsteller machen wollte.

Die tragende Männerrolle sollte mit Paul Wegener besetzt werden, der sich fürchterlich abqualte, um dem komplizierten und widerspruchsvollen Charakter ein Gesicht zu geben. Endlich kam ihm die Erlösung. Wegener ist gebürtiger Ostpreuße und auch Arno Holz kam als Kassenburger aus dieser Gegend. So laßte der große Schauspieler den Entschluß, die Rolle im heimlichen Dialekt zu spielen, wodurch sofort Atmosphäre und Eindringlichkeit geschaffen wurde.

Holz sah im Parkett, als die Probe begann. Wegener trat auf und überraschte den Dichter, als er den Mund öffnete, mit den melodischen Klängen der ostpreussischen Mundart. Im ersten Augenblick war Holz fassungslos. Dann aber sprang er auf und rief dem Schauspieler zu:

„Aber Mensch! Haat Breejener! Was saalt Ihnen daann ein? Ich habe mir diesen schäählichen Dialekt mit der größten Mühe abgemüht — naän — ich kann köän Ostpreußisch mehr hören!“

## Ein russisches Hollywood

Die Sowjetregierung, so wird aus Moskau gemeldet, plant die Errichtung einer riesigen Filmstadt, die an Ausmaßen Hollywood nicht nachstehen soll. Das neue Hollywood soll in Baku am Kaspischen Meer entstehen, und es soll bereits ein ganzes Heer von Künstlern und Technikern damit beschäftigt sein, die notwendigen Vorarbeiten zu leisten, da schon in Kürze mit dem Bau der Ateliers begonnen werden soll.

## Musik und Roman Von Georg Hermann

Von Georg Hermann, dem bekannten Schriftsteller, ist in diesen Tagen im Verlag Albert de Vange, Amsterdam, ein neuer Roman „Ruths Schwere Stunde“ erschienen, dem der Autor das folgende Vorwort vorausschickt:

„Von Musik verstehe ich nichts. Es ist ein Nachteil in der Geografie meines Lebens, daß kein breiter Weg, nicht einmal, ja kaum ein Schmädderlein für mich in dieses Land führt. Aber ich habe mich doch immer ganz dumm gewundert, wie es kommt, daß fast alle großen Tonwerke den gleichen oder einen ähnlichen Schlus haben. Man hat die Empfindung, als ob drei oder vier Heerzüge auf einen Punkt hin in Eilmärschen zusammenstrebten. In breiten Massen steht man sie in feilsch sich heigender Unruhe und Haß aufeinander zustoßen, zumarschieren auf ein gemeinsames imaginäres Schlachtfeld hin. Einen Bruchteil von Zeit mischen sie sich. Alle Waffen schlagen drauf und vielfach und dumpf aufeinander, tönend und rasselnd und nachklingend. Geschrei, Jubel und Wut schießt sich hinein. Noch wankt niemand. Es gibt nur Angreifer. Der Sieg ist völlig unentschieden. Wie zu einer Tonpyramide steigt es über dem metallfunkelnden Gewühl der Heere auf. Und gerade vor jeder allerletzten Entscheidung: Veressen, Verfallen, Zusammenbrechen, in der Dämmerung noch ein fernes, lechtes Blinken der Speerzeichen, ein Verglimmen der Schildbränder und Totenstille in der hereinbrechenden Nacht . . . So ist das fast stets.“

Doch als ich einen Komponisten fragte, warum das so wäre, da ich mir doch wohl vorstellen könnte, daß die Tonfüße auf tausenderlei andere Arten schließen könnten, leise,

verwehend oder wie ein Lusthauch mit weichen Blättern spielt: er wirbelt sie auf und läßt sie schillern und tanzen. Er wirkt sie hin: sie zuden ein paar mal noch mit den braunen Rippen, und schon hat er sie achlos am Begrund liegen lassen und ist weiter geschickt . . . ja, da legte mir der Komponist in langer Rede, die ich nicht verstand, auseinander, weshalb das so und eben so sein müsse, und daß es eigentlich, wie auch die Themen gewesen sein mögen, nur wenige Auslösungen und Schlüsse gäbe, die zwar durchaus verschieden seien, aber meinem umgebildeten Ohr wohl alle gleich klangen.

„Es ist gerade so“, sagte er — nicht ohne persönliche Gehässigkeit — „wie mit den Romanen unserer Herren Schriftsteller. Für mich klangen sie alle, wie ihr sie auch verbrömen mögt, mit einem „Es war einmal“ an. Und schliefen mit einem „Es ist“ oder „Es wird sein“.“

Und wirklich, wie man es drehen und wenden mag: sie klangen alle mit einem „Es war einmal“ an. Aber das sah jener nicht: sie schliefen nicht alle mit einem „es ist“. Es gibt auch solche, die in Nichts münden, sich verflüchtigen wie Gas. Die in den leeren Raum verwehen. Ohne Bestand, ohne Hoffnung, ohne Spuren. Allen menschlichen Sinn bezaubt. Sie haben keine Gegenwart mehr, geschweige denn eine Zukunft. Solche gibt es auch. Sie find wie die steilen Treppen in den japanischen Bergtempeln, die in vielen Stufen und vielen Absätzen, die immer mühsamer werden, hinauführen. Die meisten, die sie beireten, kehren vorher um. Und oben steht kein Gebäude. Nur ein Tor, ähnlich wie ein Joch. Dahinter spannt sich der blaue Himmel, die helle Klarheit, das

sich in sich selbst verzehrende Nichts. Vielleicht ist noch da ein alter Metallspiegel, in einem schlichten Packschrein bewahrt, blank und silbern. Er nimmt kaum einen Hauch an, wirft dir dein Bild zurück, so daß du nicht mehr sagen kannst, ob du das Bild bist, oder das Bild du, und dir Schein und Wirklichkeit ganz ineinander fließen. Sonst aber wirst du nichts mehr in dieser letzten, windzeriffenen Einsamkeit finden; keine Gegenwart, keine Zukunft, keine Erinnerung, kein Pochen mehr, und was schlummer ist . . . keine Tränen. Und sobald der Spiegel wieder in seinen Packschrein zurücktaucht, so wird dein Bild darin verlocken sein, sich gelöst haben, wie dieser Wolfenkegen da oben im Blau, der einen Augenblick dahintried und nun in Licht und Sonne inmitten seiner Bahn in regenbogenschillernde Atome zerfiel, unerbittlich sich löste, verschwand und dem Auge spurlos wie Salz im Wasser zerging.“

Auf dem Hintergrund München, jenes München von 1916 mit seinen harten Gegenätzen, spielt dieser Roman. Eine junge Redakteurin ist einem älteren, verheirateten Mann, einem Schriftsteller von großem Namen gefolgt, der betreibt ist, trotz allen Schwierigkeiten, seine Ehe zu lösen, um sich mit dieser schönen und begabten Frau zu verbinden. Die Hoffnung, daß es gelänge, bevor das Kind, das sie erwartet, zur Welt kommt, hat sich bei der Unnahgierigkeit der noch rechtmäßigen Gattin als trügerisch erwiesen, so daß das Kind an ein Heim abgegeben werden muß. Endlich, als es niemand mehr erwartet, wird von der Gattin doch die Scheidung eingereicht. Das Ganze ist ein mit Pastellfarben gemaltes, fast lyrisches Bild auf einer bewegten Unternehmung politischer Gegenätze. Georg Hermanns Sprache macht diesen Roman zu einem großen Kunstwerk.

# Englischer Brief

DDG, London, 24. Mai 1934.

## Die Nachwahl in Westham

Die Nachwahl in Westham, einem östlichen Vorort Londons, die durch die Mandatsniederlegung des bisherigen konservativen Abgeordneten des Wahlkreises notwendig geworden war, brachte der Labour Party einen neuen Erfolg. Die Eroberung der Mandate war der O. Nachwahlbezirk der Labour Party seit den Generalwahlen von 1921. Diese Wahl war von besonderem Interesse. Einmal, weil der junge Konservative, Macnamara, der für die Regierung kandidierte, mit dem Faschismus Lieblinge. Macnamara hatte den Vorsitz der Deutsch-Englischen Gesellschaft übernommen, nachdem der Jude Lord Reading diesen Vorsitz aus Protest gegen das Naziregime niedergelegt hatte. Macnamara war auch in Deutschland und darüber im Rundfunk nicht gerade unfreundlich berichtet, wenn er auch vom Antisemitismus des Regimes deutlich abräufte. Macnamara begann auch jetzt seinen Wahlkampf mit einigen freundlichen Worten über den patriotischen Geist der englischen Schwarzhemden. Nachdem er vom konservativen Hauptquartier zurückgepfiffen worden war, machte er zwar einen Klutziger und betonte feierlich, daß er kein Faschist sei, aber der erste Eindruck blieb bestehen.

Der zweite Faktor, der diese Wahl interessant machte, war die Kandidatur des Führer der radikalen Unabhängigen Arbeiterpartei, Fenner Brockway, die ausschließlich gegen die Labour Party gerichtet war. Brockway führte seine Kampagne lebhaft mit Angriffen gegen den Labour-Kandidaten, den faschistenfreundlichen Konservativen verhönte er. Die große Frage war, würde er genügend Wähler vom offiziellen Labourkandidaten abziehen, um die Wahl des Konservativen zu sichern. Nun, es gelang ihm nicht, mehr noch, er erlitt eine geradezu vernichtende Niederlage, er erhielt nicht mehr als 746 Stimmen gegen fast 12.000 des jetzt gewählten Labour-Kandidaten und etwa 7500 des Konservativen. Brockway und seine IPP, erhielten damit nicht nur eine moralische Ohrfeige, sie verloren auch das Pfand von 100 Pfund Sterling, das jeder Kandidat bei seiner Aufstellung hinterlegen muß. Das Pfand verfällt dem Staat, wenn der betreffende Kandidat nicht mindestens ein Viertel der abgegebenen Stimmen erhält, trotz des scheinbar plutokratischen Anstrichs ein heilsames Mittel gegen gewissenlose Parteizersplitterung.

Freilich, die Wahl in Westham muß dennoch den ernsthaften Beobachter mit Sorge erfüllen. Die Wahlbeteiligung betrug nur 50 Prozent. Die Labour Party erhielt die Stimmenzahl von 1931, der Konservative verlor 7000 Stimmen, die niemandem zugute kamen. Sind diese 7000 gleichgültig? Oder haben sie das Interesse an den bisherigen Parteien verloren und sind sie damit ein Rekrutierungsfeld für den Faschismus. Eine Frage, die vor der nächsten allgemeinen Wahl nicht beantwortet werden kann, die aber mit Sorge erfüllen muß.

In der Zwischenzeit ist ein weiterer Labourkandidat für einen verfallenen Parteigenossen ins Unterhaus eingezogen und zwar ohne Wahl, da gar kein Gegenkandidat aufgestellt war, eine weitere Nachwahl in dem wallisischen Wahlkreis des verstorbenen Labourabgeordneten Wallhead steht bevor, und zwar wahrscheinlich eine Wahl zwischen Labour, IPP, und Kommunisten. Das Interesse an diesen beiden Wahlen ist eine für die Labour Party unerschütterliche Tatsache. Die Labour Party braucht im Parlament dringend politische Führer. Landburn ist alt und seit Monaten krank, Henderson ist alt und fast abwesend, so stehen neben Cripps und Attlee nur wenige Redner für die allgemeinen Debatten zur Verfügung, viele gute Köpfe wie Morrison, Dalton, Baker, Alexander u. a. sind ohne Mandat. Die beiden genannten Wahlen in den fünf nächsten Wahlkreisen hätten Gelegenheit geboten, die Führerbank zu verstärken, statt dessen wurden in beiden Bezirken, die in den Kohlenrevieren liegen, beruflich vielleicht tüchtige, aber politisch völlig unbekannte Bergarbeitergruppen der Fraktion, die heute schon über 50 Prozent der Fraktion ausmacht, die 1931 fast nur die Bergarbeiterwahlkreise gehalten wurden, noch weiter verstärkt. Partikulärinteresse liegt also über Gesamtinteresse. Hier ist eine Schattenseite der kleinen Wahlkreise, die sonst viel Gutes an sich haben.

## Vorläufig kein Uniformverbot

Schon lange spricht man von einem Uniformverbot in England, seit dem die Mosley'sche Schwarzhemdenbewegung in dem sonst so friedlichen England immer häufiger zu Zusammenstößen führt. Der Innenminister kommt zu keinem Entschluß. Da machte der konservative Abgeordnete Lord Vampson neulich einen Vorstoß und brachte einen Gesetzentwurf ein. Man ist Voder Vampson eine etwas seltsame Natur, früher war er Volkswirtschaftler, jetzt hat er die Nazis aus dem Korn genommen und hat sich in nicht gerade sehr ernsthafter Weise zum besonderen Protektor eingestellt. Man nimmt ihn nicht so völlig ernst, stets aufgeworfen. Man nimmt ihn nicht so völlig ernst, weil man immer etwas Respekt hinter seinen Aktionsworte, wittert, er besitzt nicht gerade übermäßig viel Taktgefühl. Auch seine Rede gegen die Schwarzhemden war nicht geschickt. Er hat Mosley in seiner „kontinentalen Langweiligkeit“ mit den schmutzigen Hemden“ lächerlich gemacht; er gab einem zweiten konservativen Redner das Stichwort gegen den Antrag. Dieser Redner sagte, man solle den Parteien Mosleys mit nicht mehr Ernst betrachten, als sie verdienen. So wurde der Antrag Voder Vampsons einstimmig abgelehnt, nicht aus Sympathie für Mosley, aber weil man ihn nicht ernst nehmen will. Mosley hat sich freilich nicht durch diese sehr geschadet, daß er als neugeborener Antisemit den Juden Dörrerli attestierte, den die Engländer immer noch als einen ihrer größten Staatsmänner verehren. Aber ob man wegen dieses Mißgriffes und wegen anderer Fehler die Mosleybewegung wirklich nur lächerlich ansehen sollte? Auch in Deutschland hat man Hitler also lange nur als lächerliche Figur betrachtet — bis es zu spät war.

## Blumen auf Wallis's Kampfsplatz

Dem O.N.D. wird aus Oberstiermark berichtet: 113 Zeichen ihrer unwandelbaren Treue für Koloman Wallis haben die Brüder und die Kapfenberger Arbeiter am 1. Mai auf dem Hochanger, wo die Schutzabteilungen Wallis's gekämpft haben, Blumen und Kränze niedergelegt.

# Papst und Kulturkampf

Segen und Aufmunterung für die deutschen Katholiken

Das amtliche päpstliche Organ, der „Osservatore Romano“, berichtet in großer Aufmachung über den Empfang der deutschen Bischöfe und Pilger durch Papst Pius am Vorabend der Heiligensprechung des deutschen Kapuzinerbruders Konrad von Parzham.

Der Papst sprach u. a. von einer so bedeutsamen, so schwierigen und so ernsten Stunde der deutschen Geschichte, wandte sich besonders an die verfolgte katholische Jugend und wies den von den Nationalsozialisten erhobenen Vorwurf zurück, daß es sich nicht um religiöse, sondern um politische Kämpfe handle.

Aber noch einen ganz besonderen Segen erteilte der Heilige Vater in diesem feierlichen Augenblick der ganzen deutschen Jugend, deren Banner er vor sich sehe und die zu ihm sprechen zu wollen schienen; diese geliebte Jugend, die in diesen äußerst schwierigen Tagen

so viel zu leiden habe, diese so mutige Jugend, die in ihren Händen die Zukunft Deutschlands trage, eine um so schönere Zukunft, weil sie in solchen Händen ruhe.

Schließlich wolle er noch alle jene besonders segnen, die für den katholischen Glauben gekümpft haben. Denn auch das müsse gesagt werden und gerade der Heilige Vater, der eine so schwere Verantwortung vor Gott und den Menschen habe, müsse es aussprechen, daß diese Leiden für die Religion und den Glauben getragen wurden. Und wenn einige lagen, daß es sich dabei nicht um Glauben und Religion handle, so möge man denen nicht glauben. Es handle sich um Gerechtigkeit, um Glauben und Religion. Und gerade für diese Güter kämpfen so tapfer und heroisch die Bischöfe und Priester Deutschlands.

# Staatsbürgerschaft en gros und en detail

Die verschiedenen Emigrationen und die Finanznöte, in denen sich viele kleinere Staaten befinden, haben einen neuen Geschäftszweig ins Leben gerufen, den Handel mit Staatsbürgerschaften. Das Geld, das in die Staatskassen fließt, ist manchen Regierungen wichtiger als der nicht unberechtigte Vorwurf, daß der Verkauf von Staatsbürgerschaften den internationalen Geplogenheiten nicht entspricht.

Besonders in den letzten Monaten wird ganz öffentlich durch Zeitungsannoncen der Erwerb neuer Staatsbürgerschaften für Emigranten angeboten. Viele werden glauben, daß da irgendein Schwindel dahintersteckt. Im allgemeinen aber sind solche Angebote durchaus ernst zu nehmen. Natürlich lassen sich die Vermittler dieser Geschäfte für ihre Dienste ganz anständig bezahlen, aber sie verschaffen in der Regel tatsächlich die neue gewünschte Staatsangehörigkeit. Von vornherein ist allerdings darauf hinzuweisen, daß größere Länder bis jetzt noch niemals derartige Geschäfte getätigt haben. In Europa gibt es überhaupt nur ein einziges Land, das seine Staatsbürgerrechte gegen ein mehr oder weniger hohes Entgelt abgibt. Dieses Land ist Portugal.

Sicher ist, daß vielen Emigranten der Erwerb einer neuen Staatsangehörigkeit sehr vorteilhaft scheint, und es gibt eine Menge Leute, die sich einen ausländischen Paß und eine ausländische Staatsbürgerschaft eine Stange Geld kosten lassen. Besonders, da die Formalitäten durchaus einfach und leicht zu erfüllen sind und die ganze Abwicklung nur acht bis vierzehn Tage in Anspruch nimmt.

Angebote in portugiesischer Staatsbürgerschaft sind für den nicht geringen Betrag von 10.000 Schweizer Franken jederzeit vorhanden. Die ganze Geschichte dauert nur acht Tage. Der neue portugiesische Paß dauert nur acht Tage. Der neue portugiesische Paß sowie das Certificat d'inscription als portugiesischer Staatsbürger werden von der portugiesischen Gesandtschaft in Wien, die gleichzeitig auch Generalkonsulat ist, ausgestellt. Ja, nach den durchaus seriösen Mitteilungen des Vermittlers kann die ganze Angelegenheit auch auf schriftlichem Wege durchgeführt werden. Anzahlungen oder Vorposten sind nicht zu bezahlen. Die Zahlung ist erst nach vollkommener Abwicklung zu leisten, und zwar sind 8000 Schweizer Franken direkt an die Gesandtschaft, die restlichen 2000 an den Vermittler zu entrichten.

Bedeutend billiger, dafür wahrscheinlich weniger vorteilhaft, stellt sich der Erwerb einer überseeischen Staatsbürgerschaft. Die Vermittlung in dieser Angelegenheit besorgt die „Association des colonisateurs“ bzw. deren Vertrauensleute, die „Compagnie d'Exportation et d'Etanges commerciaux“ in Paris. Einige mittelamerikanische Staaten,

Panama, Venezuela, Honduras usw. nehmen durch ihre europäischen Gesandtschaften Einbürgerungsanträge entgegen und erledigen die Naturalisation in kürzester Zeit. Angeblich kauft diese Art von Handel auf einen durch Verfassungsbestimmung ermäßigten Spezialtarif. Es wurde eine bestimmte Höchstziffer für einbürgernde Personen festgelegt, die wahrscheinlich auch überhöht wird, und die Formalitäten sind auch hier verhältnismäßig sehr einfach. Die Staaten verlangen von dem Antragsteller, daß er unbescholten ist, Angabe seines Lebenslaufes mit Referenzen und eine Versicherung, daß der Betrag von 2500 Schweizer Franken, der alle Taxen, Gebühren und Honorare einschließt, bei der zu vermittelnden Gesellschaft oder einer Großbank zu ihren Gunsten deponiert ist. Allerdings mit dem Auftrag, den Betrag Zug um Zug gegen Auszahlung des ordnungsgemäßen Reisepasses auszusahlen. Nach Einreichung der verlangten Dokumente dauert die ganze Sache vierzehn Tage. Versichert wird noch eine dreimonatige Einreise nach Deutschland, England, Holland, Schweden, Italien, Portugal, Spanien, Mexiko, Argentinien, Brasilien, Chile und den meisten anderen süd- und mittelamerikanischen Staaten.

Diese Angebote sind absolut einwandfrei. Aber bei dem jetzt in Blüte stehenden Handel mit Staatsbürgerschaften gibt es natürlich auch viel Schwindel. So sind zum Beispiel Angebote größerer Länder, besonders europäischer, mit Ausnahme Portugals, mit allergrößter Vorsicht anzunehmen. Aber auch bei regulärem Erwerb von ausländischen Staatsbürgerschaften ist mit Bedacht vorzugehen. Vor allem muß man sich darüber klar sein, daß die Ausbändigung eines ausländischen Reisepasses allein noch keine Aufnahme in den ausländischen Staatsverband darstellt. Zweitens ist zu beachten, daß der Besitz zweier Staatsbürgerschaften nicht anerkannt wird. Man muß sich erst von der alten Staatsbürgerschaft entbinden lassen, dann kann man ohne weitere Folgen eine neue erwerben. Außerdem gibt es auch eine Anzahl von größeren Staaten, die infolge des immer mehr um sich greifenden Handels mit Staatsbürgerrechten eine durch Kauf erlangte Naturalisation von Portugal oder eines mittelamerikanischen Staates nicht anerkennen und die Ausbändigung eines Visums verweigern.

Es bedarf also einer gründlichen Erkundigung, bevor man sich eine ausländische Staatsbürgerschaft kauft. Nicht immer können die Gesandtschaften den neugeborenen Bürger von Panama oder Venezuela so hüben wie einen eingetragenen Panamanen oder Venezuelaner!

Vor allem aber — das alles ist nur für reiche Leute, die sich selbst helfen können.

## Täglich Morddrohung

Saarbrücken, den 23. Mai 1934.

Unter dem Poststempel vom 24. 5. 1934, aufgegeben Saarbrücken-Nordbach, wurde dem Führer der Freiheitsfront folgender Brief zugelandet:

Herrn Max Braun, Chefredakteur der „Volkstimme“ Saarbrücken.

Wie kannst Du internationaler Lump und Verbrecher, Separatist und Indesführer, den Kaufmann Dümpelmann, der zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, bloß, weil er in der Hitlerpartei war, zum Kandidatenmann kempeln. Jedereine aus irgendeiner anderen Partei hätte das auch machen können.

(Dann folgt eine lange Andäufelung über die Schleier während der früheren Jahre. Der Schreiber schlief dann wie folgt:)

Darum, Max Braun, wirf Du mit Deiner ganzen Gesellschaft mit beschränktem Hirn und den ehemaligen Justizhändlern an den Galgen gehängt, damit die Nasgeier was zu freffen haben.

Freiheit durch Hitler!

## Verhaftungen in Nürnberg

Nürnberg, 24. Mai. In Nürnberg sind in den letzten Tagen eine größere Anzahl Verhaftungen vorgenommen worden. Es handelt sich fast durchweg um bekannte Sozialdemokraten. Ursache ist eine illegal erschienene Zeitung. Die Namen der Verhafteten sind bis jetzt nur zum Teil bekannt.

## SAP-Schriftleiter

furchtbar mißhandelt

Berlin, 24. Mai. (Zupress.) Der Schriftleiter Dr. Klaus Zweiling, früherer Redakteur der „Münchener Volkszeitung“, befindet sich schon seit langer Zeit in Unterhaft, und es wurde ihm der Prozeß gemacht wegen Fortleitung der SAP. Kürzlich brachte man ihn in das Columbiadhaus, wo er furchtbar mißhandelt wurde. Seit dieser Zeit bekommt keiner seiner Angehörigen mehr Sprecherlaubnis.

## „Deutsche Freiheit“

**Abonnementspreise:**

		Im Monat	Einzelverkauf
Saargebiet	fr. Fr.	12,—	0,60
Frankreich	fr. Fr.	12,—	0,60
Luxemburg	belg. Fr.	15,—	0,70
Belgien	belg. Fr.	15,—	0,85
Neubelgien (Eupen-Malmédy)	belg. Fr.	12,—	0,50
Holland	fl.	1,50	0,12
Dänemark	Kr.	3,20	0,20
Schweden	Kr.	2,60	0,20
Schweiz	schw. Fr.	2,40	0,20
Oesterreich	Schilling	7,50	0,30
Tschechoslowakei	Kr.	30,—	1,20
England	sh	4,—	3 d
Palästina	sh	4,—	—
Spanien	Peseta	6,—	—
Polen	Zloty	4,20	—
Rußland	Rubel	1,—	—
Argentinien	Peso	3,—	—

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Postgebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten

